



Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

9. Sitzung (öffentlich)

1. Februar 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:03 Uhr bis 14:58 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

**NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der
Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik
die Wende schaffen**

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1692

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1692

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die dritte Sitzung unseres Ausschusses am heutigen Tag und begrüße Sie alle herzlich zu dieser Anhörung. Insbesondere heiße ich die Sachverständigen willkommen, bei denen ich mich im Vorfeld schon einmal dafür bedanken möchte, dass sie sich an diesem Mittwochnachmittag Zeit für uns nehmen. Ebenfalls begrüßen möchte ich die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung sowie alle Medienvertreter*innen und sonstigen Zuhörer*innen hier im Raum und am Livestream. Ich weise darauf hin, dass Ton-, Bild- und Filmaufnahmen während der Sitzung untersagt sind, diese Anhörung aber wie üblich im Livestream übertragen wird.

Liebe Mitglieder des Ausschusses, mit Einladung E 18/201 vom 26. Januar 2023 haben Sie den Vorschlag für die heutige Tagesordnung übersandt bekommen. Einziger Punkt ist die Anhörung von Sachverständigen zum Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/1692. Ich gehe davon aus, dass es bei dieser Tagesordnung mit einem Punkt bleibt. – Dann ist sie hiermit beschlossen.

Diesen Antrag der Fraktion der SPD hat der Landtag Nordrhein-Westfalen mit Plenarbeschluss vom 23. November 2022 an unseren Ausschuss überwiesen. Wir haben am 30. November 2022 beschlossen, die heutige Anhörung durchzuführen.

Ich darf mich im Namen des gesamten Ausschusses bei den Sachverständigen herzlich für die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen bedanken.

Aus zeitlichen Gründen ist nicht vorgesehen, dass Sie als Sachverständige Ihre schriftlichen Stellungnahmen noch einmal in einem Eingangsstatement zusammenfassen. Vielmehr gehen wir davon aus, dass die Abgeordneten die schriftlichen Stellungnahmen gelesen und ausgewertet haben und Ihnen nunmehr Fragen stellen, um einzelne Sachverhalte zu vertiefen bzw. zu hinterfragen.

Dabei gehen wir hier im Ausschuss so vor, dass wir zunächst in einer ersten Runde jeder Fraktion die Möglichkeit geben, eine Frage an einen der anwesenden Sachverständigen zu richten, auf die Sie dann unmittelbar antworten. Daran schließen sich Frage-Antwort-Runden an. Für die Beantwortung einer Frage stehen Ihnen maximal drei Minuten zur Verfügung, wobei ich beim jeweils ersten Statement bezüglich der Einhaltung der Redezeit etwas toleranter sein werde. – Ich eröffne die erste Runde. Es beginnt die antragstellende Fraktion der SPD.

André Stinka (SPD): Vielen Dank an die Sachverständigen dafür, dass sie sich zu dem Antrag sehr umfangreich und mit vielen Hinweisen geäußert haben. – Meine erste

Frage geht an Herrn Vanselow. Wie wir im Dezember 2022 vernommen haben, hat unter anderem der VCI Nordrhein-Westfalen nach einer Umfrage bei den ihm angeschlossenen Unternehmen deutlich gemacht, dass rund 40 % von ihnen ihre Leistung drosseln wollen, dass in der Tat auch über Verlagerungen ins Ausland nachgedacht wird – da geht der Blick besonders in die USA – und dass hier natürlich auch Wertschöpfungsketten betroffen sein können. Wie schätzen Sie diese Gefahr des Wegbrechens von Wertschöpfungsketten für Nordrhein-Westfalen ein, und wie bewerten Sie die Zahlen, die damals erhoben worden sind?

Achim Vanselow (IG Metall Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die Einladung zu diesem wichtigen Thema. – Herr Stinka, wir betrachten die Daten zu Verlagerungen weniger punktuell, sondern schauen mehr auf die Entwicklung, weil Verlagerungen nie aufgehört haben. Wir haben ja seit Jahrzehnten Wellen von Verlagerungen. Das hatte sich eigentlich beruhigt. Es ist aber auch von Industrie zu Industrie unterschiedlich. Im Automobilbereich oder Automobilzuliefererbereich haben wir schon seit sieben Jahren wieder eine Welle von Verlagerungen nach Mittel- und Osteuropa. Darauf schauen wir als Industriegewerkschaft Metall ganz besonders, weil es ein Kernbereich unseres Organisationsfeldes ist. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Rahmenbedingungen, die in dem Antrag völlig zu Recht als dramatisch geschildert wurden, geben aber natürlich Anlass zur Sorge; denn es ist klar, dass sich die Dinge in dieser Richtung noch verschärfen werden.

Wir stellen fest, dass während der Pandemie auch global aufgestellte Konzerne die Zeit genutzt haben, um ihre Strategien zu überdenken. „Überdenken von Strategien“ bedeutet für uns übersetzt immer „Nachdenken über Standortfragen und Fragen von Produktionsverlagerung“. An der einen oder anderen Stelle wird das derzeit auch wieder sichtbar. Vor einigen Tagen ging das Thema „Ford“ durch die Presse. Dazu kann ich hier nicht länger ausführen. Eine solche Entwicklung wäre für das Rheinland und speziell für den Standort Köln tatsächlich dramatisch. Ich verweise hier nur auf den Umstand, dass wir 2019 die letzte Restrukturierung bei Ford in Köln hatten. Im Ergebnis sind vier große Zulieferer aus dem Industriepark Köln-Nord weggegangen, unter anderem Magna, Faurecia und Rhenus. Dort sind innerhalb kürzester Zeit 1.000 Arbeitsplätze weggefallen. Allein ein Auto wie der Fiesta besteht aus 20.000 Einzelteilen. Dahinter stehen entsprechend viele Zulieferer. Schon an diesem kleinen Beispiel wird deutlich, um welche Dimension es geht, wenn wir über drohende Deindustrialisierung in Nordrhein-Westfalen reden.

Sie haben die Studie des VCI erwähnt. Was soll ich sagen? Chemie steckt in praktisch allen Produkten der Unternehmen, die bei uns organisiert sind. Wir haben schon einmal eine Ahnung bekommen, was sich da tun könnte, als im Rahmen der Pandemie Betriebsdrosselungen oder sogar Betriebsschließungen anstanden und man ernsthaft mit der Frage konfrontiert war, was das denn für die Unternehmen in der Kette bedeutet. In Zahlen kann ich es gar nicht abschätzen. Aber das wird dann tatsächlich – da stimme ich Ihnen zu – existenzbedrohend.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Sehr geehrte Herren Sachverständige, herzlichen Dank dafür, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung stehen, und für die eingereichten Stellungnahmen. Es ist immer interessant, sie zu lesen, und hilft uns bei unserer Arbeit sehr weiter. – Meine erste Frage möchte ich an Herrn Dr. Thöne richten. Der Antrag ist relativ markant mit „NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft ...“ überschrieben. Können Sie für mich einmal einordnen, ob solche markanten Worte eigentlich dem wirtschaftswissenschaftlichen methodischen Standard entsprechen?

Dr. Michael Thöne (Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln): Herzlichen Dank von meiner Seite für die Einladung. – Tatsächlich bezieht sich die Motivation des Antrags bzw. das in der Überschrift genannte katastrophale Schrumpfen der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen auf eine Pressemeldung des Münchner ifo Instituts, in der es von einer neuen und noch experimentellen Methode berichtet hat, die Konjunkturdaten auch auf Länderebene quartalsweise auszuweisen oder zu berechnen. Mit dieser experimentellen Berechnung hat das ifo Institut extra für diese Pressemitteilung die Rangfolge aufgestellt, dass vom 1. Juli bis zum 30. September 2022 die Wirtschaft in NRW um 2,8 % geschrumpft sei, während sie am anderen Ende in Schleswig-Holstein um 1,4 % gestiegen sei. Dass es in solchen Krisen – die Energiekrise war ja in dieser Zeit sehr virulent – insbesondere auch, was die Planung und die Planungssicherheit für die nordrhein-westfälische Industrie angeht, sehr viel Zurückhaltung gab und dass da im Zweifelsfall auch Schrumpfung aufgetreten ist, steht außer Zweifel.

Gleichwohl – das hat ja auch die Stellungnahme von IT.NRW mit Berechnungen von den statistischen Ämtern nachgewiesen – ist die Dramatik keineswegs so groß, wie diese Zahlen suggerieren. Zudem ist die Frage, inwiefern man Quartalsdaten – das ist ja nur eine Veränderung vom 1. Juli bis zum 30. September 2022, also quasi ein Oszillograf – nutzen sollte, um die grundsätzlichen längerfristigen Fragen der nordrhein-westfälischen Wirtschafts- und damit auch Konjunkturpolitik zu beantworten. Das halte ich für sehr problematisch – ohne die Situation beschönigen zu wollen. Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen sicherlich kein Wachstumskönig und ein Land, das im Ranking der Länder bezüglich längerfristiger Daten immer eher im unteren Drittel rangiert. NRW ist aber de facto, wenn man sich einmal das gesamte Jahr 2022 anschaut, nicht so dramatisch geschrumpft. Das waren nur kurzfristige experimentelle Daten. Ich würde doch empfehlen, solche Diskussionen, gerade weil es um strukturelle Maßnahmen geht, über die wir hier auch reden wollen, tatsächlich auf Basis längerfristiger verlässlicher Daten zu führen. Da gibt es noch genug zu tun.

Jan Matzoll (GRÜNE): Vielen Dank an alle Sachverständigen dafür, dass sie heute hier sind. – Meine erste Frage richtet sich an Herrn Professor Lechtenböhmer. Sie fordern in Ihrer Stellungnahme eine aktive Förderung einer zunehmend zirkulären Rohstoffwirtschaft. Können Sie noch näher darstellen, welche Förderungsmaßnahmen und Unterstützungsmöglichkeiten Sie hierbei als notwendig und hilfreich erachten?

Prof. Dr. Stefan Lechtenböhrer (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie):

Vielen Dank für die Einladung. – Gerade ist schon deutlich geworden, denke ich, dass es hier eigentlich um längerfristige Themen geht, nämlich die Energiekrise sowie die Energie- und Rohstoffversorgung der in Nordrhein-Westfalen starken Grundstoffindustrie. Das ist wahrscheinlich auch einer der Gründe, warum gerade in diesen Energiepreisspitzen Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich schlechter ausgesehen hat als andere Bundesländer.

Zum einen kommt es da auf grüne Energie an. Zum anderen ist aber auch mittelfristig eine entsprechende Rohstoffversorgung für die Grundstoffindustrie notwendig. Dabei handelt es sich um die Stahlindustrie und die andere Metallindustrie, aber insbesondere auch um die chemische Industrie. Dort brauchen wir langfristig grüne und umweltverträgliche Rohstoffversorgung. Dafür ist eine Ressourcenstrategie extrem wichtig. Denn langfristig haben wir sehr viele Rohstoffe hier. Wir müssen dahin kommen, dass wir diese Rohstoffe, die wir heute noch – es heißt zwar Kreislaufwirtschaft, ist es aber nicht wirklich – als Abfallstoffe behandeln, tatsächlich als Rohstoffe identifizieren und nutzen können.

Das ist ein großes industriepolitisches Projekt. Unser Institut hat im letzten Jahr dazu auch eine Studie für das Land Nordrhein-Westfalen erarbeitet. Darin haben wir einiges an Instrumenten empfohlen. Sie betreffen verschiedene Themen – zum Beispiel, das Ganze finanziell zu fördern und auch entsprechende Konzepte aufzulegen, wie man so etwas entwickeln kann. Das umfasst die Förderung von Netzwerken in Richtung Kunststoffe, um dort stärker zirkulär heranzugehen. Im Grunde genommen ist es ein ganzes Maßnahmenportfolio. Denn letztlich ist das eine langfristige Angelegenheit. Wir werden nicht in den nächsten zwei oder drei Jahren unsere Rohstoffversorgung von fossilen Energien auf zirkuläre Rohstoffe umgestellt haben.

Ralf Witzel (FDP): Ich möchte meine erste Frage an Herrn Professor Bardt richten. Als Institut der deutschen Wirtschaft haben Sie ja auch regelmäßig Kontakt zu den Branchen und den Praktikern dort. Deshalb würde mich Ihre Einschätzung interessieren. Welche Erkenntnisse liegen Ihnen zum aktuellen Lagebild der Stimmung der Unternehmen vor, also zum Geschäftsklimaindex für das Jahr 2023? Da trifft ja jedes Unternehmen seine und jede Branche ihre Annahmen, was zukünftige Stabilisierungsentwicklungen nach den Krisenjahren angeht, dazu, welche möglichen Wachstumspotenziale für das Jahr 2023 bestehen, und abhängig davon auch zu Fragen der Investitionsplanung und -bereitschaft. Was können Sie uns zu diesem Geschäftsklimaindex und der Stimmung in den Branchen für das Jahr 2023 sagen?

Prof. Dr. Hubertus Bardt (Institut der deutschen Wirtschaft Köln): Die Stimmung im letzten Jahr glich einer Achterbahnfahrt. Im ersten Quartal war die Stimmung gut. Im zweiten Quartal wurde die Stimmung nach der Krise natürlich viel schlechter. Den Tiefpunkt hatte sie wahrscheinlich im dritten Quartal – was sich allerdings nicht in der tatsächlichen Wirtschaftsleistung zumindest auf Bundesebene gezeigt hat; wir waren ja alle ein bisschen überrascht, dass das dritte Quartal doch noch erstaunlich positiv gewesen ist. Das vierte Quartal brachte dann den – zumindest von uns – erwarteten

Rückgang der Wirtschaftsleistung auf Bundesebene, obwohl die Stimmung sich zum Ende des Jahres hin schon wieder ein bisschen aufhellte.

Sie hellte sich nicht auf, weil die Krise vorbei wäre, sondern, weil es nicht ganz so schlimm gekommen ist, wie zwischendurch erwartet worden war. Man hat ja noch viel stärker die Sorge gehabt – zumindest wir haben diese Sorge gehabt –, dass durch Ausfälle in den gasintensiven Branchen Kaskadeneffekte entstehen und viele Unternehmen in nachgelagerten Branchen Produktionsschwierigkeiten bekommen. Das hat sich bisher nur insofern bewahrheitet, als dass die Unternehmen sehr erfolgreich darin waren, diese Probleme zu lösen. Es ist eine ständige Feuerwehraktivität, die im Augenblick in ganz vielen Unternehmen stattfindet, weil bestimmte Stoffe oder bestimmte Produkte fehlen. Wir haben im letzten halben Jahr viel über Harnstoff und die Frage, was das für die Mobilität bedeutet, über bestimmte Fällstoffe für die Wasseraufbereitung und über vieles andere mehr diskutiert. Am Ende funktioniert die Wasseraufbereitung noch, und die Mobilität funktioniert auch noch. Aber die Probleme sind groß. Das wirkt sich natürlich auch auf die Stimmung der Unternehmen aus.

Mit Blick auf 2023 sind die Aussichten so unklar, wie die Industrie gespalten ist. Wir sehen im ersten Quartal, soweit wir die Daten schon haben, gegenüber dem letzten Jahr einen starken Rückgang in der Chemieindustrie und einen deutlichen Rückgang in der Papierindustrie, also große Probleme bei energieintensiven Branchen. In anderen Bereichen hat man den Eindruck, da sei gar nicht so viel passiert. In der Elektroindustrie ist es verhältnismäßig gut gelaufen. Die Autoindustrie hat sich nach der Coronakrise wieder erholt. Insgesamt kam aber auch da der Aufschwung, die Rückkehr, der Aufholprozess nach der Coronakrise nicht so wie am Anfang des letzten Jahres erwartet voran. Es ist auch nicht damit zu rechnen, dass das in diesem Jahr passiert. Wir haben eine Reihe von Unternehmen, die berichten, dass sie mit dem Jahreswechsel 2022/2023 die neuen Energiepreise bekommen, weil die alten Verträge auslaufen oder Absicherungsgeschäfte auslaufen. Darüber gibt es keine genauen Daten. Aber das ist noch einmal ein Potenzial, das natürlich Produktion erschwert und auch stimmungssenkend ist oder Aussichten verschlechtert.

Wir sehen in Nordrhein-Westfalen, wenn wir unsere Befragungen regional analysieren, dass es im Gesamtbild erstaunlicherweise im Vergleich zum letzten Jahr gar nicht so viel schlechter aussieht, aber vor allem bei den Investitionen aufgrund der Erwartungen ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen ist. Das liegt sicherlich daran, dass vieles, was erst einmal stillgelegt wurde, aus Kostengründen jetzt auch schon stillgelegt ist und im nächsten Jahr nicht zwingend noch weiter heruntergeht, aber die Investitionen nicht stattfinden, die notwendig sind, um längerfristig Produktion aufrechtzuerhalten und auch zu modernisieren. Das trifft Nordrhein-Westfalen aufgrund der hohen Energieintensität seiner Wirtschaftsstruktur ganz besonders.

Christian Loose (AfD): Auch von der Alternative für Deutschland herzlichen Dank an die Sachverständigen für die Stellungnahmen und ihr Erscheinen hier bzw. am Bildschirm. – Die SPD möchte mit einem 30-Milliarden-Euro-Fonds die Umstellung auf Windkraft, Solarenergie und grünen Wasserstoff subventionieren. Mit meiner ersten Frage zu diesem Themenkomplex wende ich mich an Herrn Professor Dr. van Suntum

als Volkswirtschaftsprofessor und ehemaliges Mitglied der Wirtschaftsweisen. Herr Professor van Suntum, Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme davon, dass ein weltweiter CO₂-Ausstoß nur global verändert werden kann. Nun ist es so, dass nur ein Drittel der Länder, die das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet haben, konkrete Mengenreduzierungen zugesagt haben. Die Chinesen haben eine Erhöhung um etwa 40 bis 50 % angekündigt. Allein diese chinesische Erhöhung beträgt mehr als das Vierfache der gesamten deutschen Emissionen. Vor diesem Hintergrund lautet meine Frage an Sie: Inwieweit würde es aus ökonomischer Sicht Sinn machen, mögliche CO₂-Reduktionen dort durchzuführen, wo dies ökonomisch am günstigsten ist, und wäre eine Klimafolgenanpassung eventuell sogar noch effizienter?

Prof. Dr. Ulrich van Suntum: Schönen Dank dafür, dass Sie mich eingeladen haben. – Ich bin übrigens nicht Mitglied der Wirtschaftsweisen gewesen, sondern nur Generalsekretär des Sachverständigenrates; allerdings halte ich immer noch den Kontakt.

Der Sachverständigenrat hat 2019 ein Sondergutachten zu diesen klimapolitischen Fragen vorgelegt und darin – zu Recht, meine ich – darauf hingewiesen, dass es sich beim Klima in der Tat um ein globales Problem handelt, das auch nur mit globalen Mitteln und mit globaler Koordination erfolgreich angegangen werden kann. Insofern ist die Zielsetzung des Antrags, über den wir heute reden, nämlich, NRW solle Vorreiter als klimaneutrales Land werden, meines Erachtens schon sehr fragwürdig. Deutschland insgesamt hat einen Anteil von 1,9 % am weltweiten CO₂-Ausstoß – wohlgerneht nur an dem anthropogenen CO₂-Ausstoß –, und Nordrhein-Westfalen hat wiederum nur einen Anteil von etwa 20 % an der Wertschöpfung Deutschlands. Das heißt: Der Effekt aller Maßnahmen, die wir in Nordrhein-Westfalen treffen würden, auf das Weltklima ist praktisch gleich null.

Insofern muss man fragen: Ist hier ein 30-Milliarden-Euro-Fonds wirklich sinnvoll angelegt? Wäre es nicht vielleicht sinnvoller – und auch das thematisiert der Sachverständigenrat –, möglicherweise Adaptionsmaßnahmen statt Mitigationsmaßnahmen vorzunehmen, sich also an den vermutlich unveränderbaren Klimawandel anzupassen? Ich nenne hier zum Beispiel das Ahrtal. Viele führen die damalige Flutkatastrophe auf Klimawandel zurück. Wenn das wirklich so ist, wäre es doch vielleicht sinnvoll, Geld in die Hand zu nehmen, um solche Katastrophen möglichst zu verhindern, statt gegen Windmühlenflügel anzurennen.

Hinzu kommt Folgendes: Wenn man CO₂ sparen möchte, sollte man das aus ökonomischer Sicht dort tun, wo man den größten Effekt pro Euro erreicht. Die Einsparung einer Tonne CO₂ kostet in Deutschland im Industriebereich und im Energiebereich im Durchschnitt etwa 70 Euro, gemessen an dem Emissionszertifikatspreis. In China kostet die Einsparung der gleichen Tonne CO₂ ein Zehntel davon, nämlich 7 Euro. In anderen Ländern – auch darauf weist der Sachverständigenrat hin – ist es noch preiswerter; teilweise kostet es nur 2 Dollar pro Tonne. Das heißt: Wir könnten mit dem gleichen finanziellen Einsatz, den wir hier ins Auge fassen und in Deutschland teilweise auch vornehmen, ein Vielfaches an Klimaschutz erreichen, wenn wir dieses Geld in anderen Ländern investieren würden und andere Länder dabei unterstützen würden, wesentlich effizientere Maßnahmen durchzuführen.

Darum ist es aus meiner Sicht ökonomisch, jedenfalls aus Klimaschutzgründen, nicht sinnvoll, diesen Vorschlag der SPD weiterzuverfolgen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank für die Antworten. – Dann eröffne ich die zweite Fragerunde. Jetzt rufe ich die Fraktionen der Reihe nach auf, damit wir die Fragen erst einmal sammeln. Anschließend werde ich die Sachverständigen um ihre Antworten bitten.

André Stinka (SPD): Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Mainz von IHK NRW. Das Handelsblatt hat am 25. Januar 2023 mit dem Titel „Deutschlands Wasserstoff-Strategie lässt auf sich warten – Unternehmen werden ungeduldig“ aufgemacht. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme auch schon, dass das grundsätzliche Vertrauen vieler Unternehmer in Nordrhein-Westfalen massiv erschüttert sei. Wo sehen Sie die Gefahren, und warum kommen Sie zu so einer drastischen Aussage gerade in Bezug auf den Standort Nordrhein-Westfalen?

Thomas Okos (CDU): Meine Fragen richten sich an unternehmer nrw. In Ihrer Stellungnahme bezeichnen Sie die Gewährleistung von international wettbewerbsfähigen Energiepreisen als oberste Priorität. Wie lässt sich dies aus Ihrem Blickwinkel kurz- und langfristig erreichen und sicherstellen? Und erläutern Sie doch bitte die Anforderungen, die Sie an einen Industriestrompreis stellen.

Antje Grothus (GRÜNE): Auch von mir noch einmal: Herzlich willkommen, sehr geehrte Herren; schön, dass Sie da sind. – Ich habe eine Frage an Herrn Thöne. Sie fordern in Ihrer Stellungnahme eine Entkopplung von Wertschöpfung und Ressourcenverbrauch bzw. eine Entkopplung von Wertschöpfung und Treibhausgasemissionen. Mit welchen Maßnahmen sollte das Ihrer Meinung nach noch erreicht werden? Es gibt da schon zahlreiche. Aber welche schlagen Sie noch vor?

Ralf Witzel (FDP): Ich möchte den Sachverständigen Christian Seyfert vom VIK in eine ähnliche Richtung fragen, in die ich in der ersten Runde Herrn Professor Bardt befragt habe, nämlich zu den Wachstumserwartungen und -perspektiven. Was ist Ihnen dazu aus dem Bereich Ihrer Kontakte und Mitgliedsunternehmen für das Jahr 2023 bekannt, gerade mit Fokus auf die energieintensiven Industriebetriebe? Das heißt: Was sind die bis Ende des Jahres absehbaren Herausforderungen, und wie sieht die stimmungsmäßige Entwicklung nach Ihren Erkenntnissen für das Jahr 2023 gerade im Bereich der Energieintensität aus?

Christian Loose (AfD): Meine zweite Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Professor van Suntum. Im Antrag der SPD wird eine aktivierende Wirtschaftspolitik gefordert. Welche Erfahrungen liegen mit einer solchen aktivierenden Wirtschaftspolitik vor, und was schlussfolgern Sie daraus?

Dr. Matthias Mainz (IHK NRW *[per Video zugeschaltet]*): Vielen Dank für die Einladung. – Ich hoffe, dass Sie mich gut verstehen, und bitte noch einmal um Entschuldigung dafür, dass ich mich zuschalten lassen musste. Gerne wäre ich heute bei Ihnen gewesen. Aber manchmal muss man kranke Kinder sitten. Dann habe ich Ihnen auch nicht die Viren vorbeigebracht.

Herr Stinka hat eine Frage zum Vertrauen in den Standort gestellt. Warum haben wir uns da tatsächlich sehr deutlich geäußert? Wir berufen uns hier auf unsere Umfragen, die wir zunächst im Herbst durchgeführt haben und die ich der Stellungnahme auch beigelegt habe. Dort hatten wir gerade beim Erwartungsindikator einen Einbruch zu verzeichnen, wie wir ihn selbst bei Corona und in der Finanzkrise nicht hatten. Über die Tiefe dieses Einbruchs waren wir selbst erstaunt. Das haben wir zum Anlass genommen, in einer Umfrage zu erheben, was denn mit den Unternehmen los ist, und viele Gespräche zu führen. Als Industrie- und Handelskammern haben wir ja die Möglichkeit, schnell in der Tiefe und in der Dichte des Landes nachzufragen, um über die Branchenbreite zu hören, was denn die Unternehmen treibt.

In der Tat hatten wir hier eine Wellenbewegung – Herr Bardt hat das zu Recht als Achterbahnfahrt bezeichnet –: nach drei Jahren Corona mit dem Einbruch, von dem ganz viele Branchen betroffen waren, durch die Energiekrise und mit den Anstiegen, die vor allen Dingen beim Gas im Sommer ihren Peak hatten. Viele unserer Unternehmen haben uns dann zurückgemeldet, dass ihnen damit eigentlich eine Grundlage langfristiger Planung fehlt. In den Gesprächen wurde dann auch zunehmend die Unsicherheit bezüglich dessen deutlich, was nicht auf eine kurzfristige Betrachtung der Konjunktur abstellt, sondern auf die strukturellen Entwicklungen und die strukturellen Voraussetzungen in den nächsten zehn Jahren.

Herr Vanselow hat schon kurz die Verlagerungen angesprochen. Auch das haben wir in unseren aktuellen Umfragen noch einmal hinterfragt. Man merkt schon, dass es in den letzten Jahren eine gewisse Tendenz gibt, für Auslandsinvestitionen Standorte, vor allen Dingen in Nordamerika, zu wählen, die stabile strukturelle – jetzt nicht politische; das habe ich nicht gesagt; aber vielleicht ökonomische – Grundlagen und Standortbedingungen anbieten können. Wir haben uns als IHKs dann auch darauf verständigt, zu sagen: Da muss eigentlich etwas in Unternehmen passiert sein; da muss ein Ansatzpunkt da sein, der das grundsätzliche Vertrauen in den Standort infrage stellt. – An solchen Standortentscheidungen kann man das, denke ich, ganz gut festmachen.

Ich würde auch hier den Fokus auf die Investitionen legen. Wir sitzen gerade an der Auswertung unserer neuen Konjunkturumfrage. Es sind immerhin 6.000 Unternehmensantworten aus ganz Nordrhein-Westfalen über alle Branchen, die wir dort auswerten. Sie sieht nicht mehr ganz so katastrophal aus, wie das im Herbst der Fall gewesen ist. Bei den Erwartungen zeugt sie aber immer noch von einer großen Unsicherheit über alle Branchen, vor allen Dingen über alle an der Außenwirtschaft ausgerichteten Branchen, also Industrie und Großhandel. Der Einzelhandel und die unternehmensnahen Dienstleister sind die Einzigen, die immer noch eine etwas positivere Aussage treffen und erwarten, dass es besser werden könnte. Aber sonst haben wir branchenübergreifend weiterhin den Trend, dass alle Unternehmen mehrheitlich eine weitere Verschlechterung erwarten.

Nun ist eine Verschlechterung zunächst einmal kein Weltuntergang. Ein Konjunkturzyklus beinhaltet immer eine Rezession. Aber hier hatten wir vor allen Dingen die Entwicklung zwischen Herbst und Frühling. Da sind durchaus – das führen wir in der Stellungnahme auch aus – Maßnahmen ergriffen worden. Trotzdem bleiben die Hausaufgaben, den Unternehmen für die nächsten fünf, sechs, sieben, acht oder neun Jahre hier eine Sicherheit zu geben, in die langfristigen Planungen einzusteigen.

Alexander Felsch (unternehmer nrw): Von der CDU wurde eine Frage zum Thema „wettbewerbsfähige Energiepreise“ gestellt. Warum sind sie existenziell? Wie die Beantwortung der Fragen eben schon gezeigt hat, sehen wir beginnend im Herbst 2021 beim Gas und dann flächendeckend mit dem Kriegsausbruch Preisschocks, die realwirtschaftliche Auswirkungen haben. Der aktuelle Befund für die chemische Industrie steht ja stellvertretend für die energieintensiven Grundstoffindustrien. Nordrhein-Westfalen hat einen großen Wettbewerbsvorteil. Wir haben noch die vollständigen Wertschöpfungsketten von den Grundstoffindustrien – dazu möchte ich ausdrücklich auch noch Aluminium hinzuzählen – mit wichtigen Standorten in Essen und im Rhein-Kreis Neuss über das verarbeitende Gewerbe bis hin zu den industrienahen Dienstleistungen. Der erste Stein dieser Wertschöpfungsketten ist in Gefahr – mindestens der –, wenn wir nicht wettbewerbsfähige Energiepreise hinbekommen.

Die Gaskommission hat dazu Vorschläge gemacht, die dann umgesetzt wurden. Die Idee war – und das war ja einhellig –, dass wir pauschale Entlastungen brauchen, um schnell wieder in die Wettbewerbsfähigkeit hineinzukommen und dem Risiko von Produktionsstilllegungen flächendeckend entgegenzuwirken. Denn es lohnt sich nicht, Produkte herzustellen, wenn Sie zu jedem Produkt Geld dazulegen müssen; dann ist die Existenz des Betriebes kurz- bis mittelfristig nicht mehr gegeben. Die Idee waren also pauschale Preisbremsen. Das wurde für Strom ähnlich vorgesehen.

Dann kam die Umsetzung. Das war das Rendezvous mit der Realität. Man stieß auf das europäische Beihilferecht. Wir haben jetzt ein ultrakomplexes Konstrukt. Aus der guten Idee pauschaler Preisbremsen für Strom und für Gas ist ein ziemlich unkalkulierbares Werkzeug geworden. Drei Minuten würden bei Weitem nicht ausreichen, um die Kritikpunkte aufzuzählen. Da gibt es deutlichen Nachbesserungsbedarf, damit das eigentliche Ziel, Produktion kurz- und mittelfristig hierzuhalten, auch erreicht werden kann. Außerdem gelten diese Preisbremsen längstens bis April 2024. Die Frage, was danach kommt, ist momentan noch offen.

Beim Gas, das ja für die anderen Bereiche, gerade auch für den Strompreis, ganz wesentlich ist, werden wir langfristig – abgesehen von norwegischem Gas und niederländischem Gas – LNG zum Weltmarktpreis kaufen. Dort haben wir einen absoluten Wettbewerbsnachteil vor allem gegenüber den USA. Denn die USA können das LNG so nehmen und müssen es nicht wie wir erst verflüssigen, über den Atlantik transportieren, regasifizieren und dann bei uns einspeisen. Diese Verflüssigungs-, Transport- und Regasifizierungskosten fallen dort nicht an. Auf diesen Wettbewerbsnachteil braucht man eine Antwort.

Für den Strom können Industriestrompreise ein Teil dieser Antwort sein. Das Beste wäre, wenn das auf europäischer Ebene gelingen würde. Denn dann hätten wir nicht

den Wettbewerb zwischen Frankreich und Deutschland, der heute stattfindet, oder zwischen Italien und Spanien, sondern wären als Europa geschlossen. Das ist eine Idee, die grundsätzlich alle Parteien unterstützen, glaube ich. Sollte das auf europäischer Ebene nicht gelingen, ist Deutschland gefordert, sich auf nationaler Ebene darüber Gedanken zu machen. Die Aufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen ist, seine starke Stimme auf deutscher und auch auf europäischer Ebene einzubringen und um die bestmögliche Lösung zu ringen. Und das sind wettbewerbsfähige Energiepreise. Wir brauchen wettbewerbsfähige Energiepreise. Sonst ist die industrielle Produktion, wie Herr Vanselow und andere hier schon dargestellt haben, gefährdet.

Dr. Michael Thöne (Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln): Frau Grothus, welche Maßnahmen sind für die Entkopplung von Wertschöpfung und Ressourcenverbrauch oder insbesondere auch Treibhausgasemissionen denn noch möglich? Leider ist das alles andere als ein einfaches Rezept. Wir haben gerade schon gehört, dass wir im Augenblick eher dabei sind, zu schauen, wie wir die fossilen Energien noch zu halbwegs wettbewerbsfähigen Preisen bekommen. Das ist eine Kurzfristlösung, die wohl unvermeidlich ist. Gleichzeitig ist uns im vorletzten Jahr vom Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben worden, dass wir unsere Klimaschutzbemühungen ungefähr verdreifachen müssen, wenn wir nicht nur unseren Beitrag leisten möchten, sondern auch die Verfassung einhalten wollen. Da bestehen also auch enge Restriktionen.

Das deutsche Gesellschaftsmodell – ich sage noch nicht einmal Wirtschaftsmodell – beruht doch darauf, dass es eine wirtschaftliche Dynamik gibt. Diese gilt es von klimawirksamen Emissionen zu entkoppeln. Dabei reicht es nicht, dass die klimawirksamen Emissionen ein bisschen langsamer wachsen als die Wirtschaft – das ist schon seit längerem glücklicherweise der Fall –, sondern es geht darum, dass beides im Grunde genommen diametral entgegengesetzt verläuft. Auf der einen Seite soll die Wirtschaft weiterhin dynamisch sein oder vielleicht sogar noch dynamischer werden. Auf der anderen Seite müssen die Emissionen aktiv gesenkt werden, bis hin zu Negativemission in der mittleren Frist.

Dahin gehend gibt es leider nicht das eine große Paradigma – es wäre mir zumindest nicht bekannt –, sondern das ist eine technologische und soziale Innovation, die sich aus sehr vielen kleinen Innovationen zusammensetzen muss. Die Schlagworte, die wir hier im Augenblick auch schon haben – Wasserstoffwirtschaft, weitergehende Elektrifizierung, unkonventionelle Energiespeicher, Künstliche Intelligenz in sehr viel größerem Ausmaß und, und, und –, werden alle ihren Beitrag dazu leisten.

Die Frage ist tatsächlich: Was kann das Land Nordrhein-Westfalen mit seiner Wirtschaftspolitik dafür tun? – Eines der Elemente ist aus meiner Perspektive, wenn wir über die technologischen Innovationen reden, eine Technologieförderung, die sich sehr viel schneller und dynamischer aufstellt, um diesen Standort, in dem die Grundstoffindustrien, die am meisten Transformation brauchen, eben noch sehr tief verankert sind, voranzubringen.

In diesem Zusammenhang wird schon seit vielen Jahren immer wieder – ich denke, durchaus zu Recht – auf Technologieförderung nach dem DARPA-Style verwiesen.

Die DARPA ist die berühmte amerikanische Verteidigungsagentur. Sie hat als Innovationsagentur mehr Innovationen als kaum jemand sonst auf die Welt gebracht. Hier geht es zwar nicht um Verteidigung, sondern um die Entkopplung. Was die DARPA macht, ist aber tatsächlich ein Erfolgsmodell. Dort gibt man einer Innovationsagentur extrem ehrgeizige Ziele, setzt zeitlich begrenzte Teams zusammen und stellt ihnen natürlich Geld zur Verfügung, aber lässt sie vor allen Dingen unabhängig an Projekten arbeiten. Man sollte also eher eine leistungsfähige und unabhängige Agentur schaffen, die Technologie fördern kann, statt sich in zahlreichen detaillierten Förderprogrammen Gedanken darüber zu machen, wo man wie ansetzen kann. Das machen sie dort dann auch. Aber das machen sie schneller, effizienter und, wenn es nach dem amerikanischen Vorbild gelingt, tatsächlich auch erheblich erfolgreicher.

Christian Seyfert (VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft):

Vielen Dank für die Gelegenheit des Austausches. Ich spreche hier für den VIK. Dieser 1947 in Essen, also in NRW, gegründete Verband vertritt die Interessen der energieintensiven Industrie branchenübergreifend, also neben Stahl und Chemie auch Glas, Papier, Zement, Aluminium und andere mehr. – Die FDP hat gefragt, wie die Wachstumserwartungen und Perspektiven unserer Mitgliedsunternehmen für dieses Jahr aussehen.

Zur Antwort: Die Aussichten für 2023 sind natürlich von der Entwicklung des vergangenen Jahres 2022 geprägt. Russlands Krieg gegen die Ukraine und in der Folge die multiplen Energiekrisen, die gerade auch Deutschland schwer in Atem gehalten haben, haben für erhebliche Verunsicherung gesorgt und letztlich auch dazu geführt, dass die Unternehmen versuchen mussten, sich sehr schnell und sehr umfassend auf die drohende Gasmangellage, auf die hohen Preise für Erdgas und auch auf die hohen Strompreise irgendwie einzustellen. Das hat das letzte Jahr geprägt und wurde von den Unternehmen auch mit in dieses Jahr hineingenommen.

Wie hier schon angesprochen worden ist, war die Situation im vergangenen Jahr dann zum Glück doch nicht so negativ wie zunächst befürchtet. Trotzdem ist – das kann ich sagen – die Stimmung schlecht. Es gibt nach wie vor erhebliche Bedenken und Sorgen, und zwar über Nordrhein-Westfalen hinaus, wegen der Versorgungssicherheit mit Strom und Gas. Hinzu kommt die Preissituation beim Gas, aber auch beim Strom, die aus unserer Sicht und aus Sicht unserer Mitgliedsunternehmen immer noch unbefriedigend bis untragbar ist – für sämtliche Branchen und insbesondere auch, aber nicht nur für den industriellen Mittelstand.

Die Wachstumserwartungen für dieses Jahr sind folglich erheblich gedämpft. Bei vielen Unternehmen nicht nur, aber auch im industriellen Mittelstand geht es nach dem, was wir hören, oft eher ums Überleben. Es sind Stilllegungen von Produktionen angesprochen worden. Das ist bundesweit geschehen, aber insbesondere auch hier in Nordrhein-Westfalen. Es ist völlig unklar, wann diese Produktionslinien wieder angefahren werden. Schlimmer noch: Man hört sogar immer wieder mal, dass stillgelegte Produktionslinien als Ersatzteillager für noch laufende Produktionslinien dienen, was das Wiederanfahren natürlich nicht wahrscheinlicher macht. Das ist ein wirklich ernstes Problem, dem wir hier gegenüberstehen.

Die drohende Verlagerung von Produktion ins Ausland ist thematisiert worden. Daneben muss man auch im Blick behalten, um einen richtigen Gesamteindruck von der Situation oder der Entwicklung zu haben: Wo werden neue Investitionen denn getätigt, in Deutschland oder doch eher im Ausland? – Dabei sind die USA natürlich im Fokus. Aber es sind beileibe nicht nur die USA. Wir sehen über Nordamerika hinaus auch Anstrengungen und Pull-Faktoren aus den Golfstaaten und aus Asien. Auch das sollte politisch Beachtung finden.

Als positiven Aspekt kann ich nur mitbringen, dass viele Unternehmen unter dem Eindruck der drohenden Gasmangellage und der indiskutabel hohen Energiepreise ihre Pläne zur industriellen Transformation in Richtung Klimaneutralität im letzten Jahr sehr schnell überarbeitet haben und sehr viele Unternehmen – eigentlich alle, die mir bekannt sind – jetzt auf eine beschleunigte Transformation setzen. Dabei geht es um direkte Elektrifizierung mit erneuerbar erzeugtem Strom, aber auch um erneuerbar oder zunehmend erneuerbar erzeugten Wasserstoff; wir werden sicherlich für den Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft nicht nur auf grünen oder erneuerbar erzeugten Wasserstoff zurückgreifen können. Da wird noch einmal nachgeschärft. Daran wird erheblich gearbeitet. Das sehen wir jeden Tag. Unternehmen sind hier zu sehr viel bereit und auch zu sehr viel fähig. Das haben sie schon im letzten Jahr bei der Einstellung auf die Risiken und Krisen bewiesen.

Wir brauchen hier aber auch Unterstützung seitens der Politik und seitens der Verwaltung. Da geht es auch um Geld. Es geht aber nicht nur um Geld, sondern auch um Planungs- und Genehmigungszeiträume, um pragmatische Lösungen und um Technologieoffenheit. Da tut sich in der Diskussion politisch zurzeit einiges. Wir haben die Hoffnung und auch die Erwartung, dass, damit wir das zum Erfolg führen können, Dinge, die angekündigt sind, also Versprechen, die gemacht werden, dann auch von allen Beteiligten gehalten werden.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum: Es ist nach der aktiven Wirtschaftspolitik gefragt worden. Nun ist es ja nicht so, dass der Staat nicht aktiv wäre. In gewisser Weise ist er zurzeit sogar hyperaktiv. Ich kann mich an keine Zeit erinnern, in der es so viele Vorgaben und Vorschriften für Unternehmen gegeben hat wie in der heutigen Zeit. Die Frage ist nur, ob das in die richtige Richtung geht oder ob es nicht sinnvoller wäre, sich auf Anreize zu beschränken und Unternehmen beispielsweise über Preissignale einen Anreiz zu geben, zum Beispiel energieeffizienter zu werden, statt vorzuschreiben, wie das geschehen soll. Im SPD-Antrag wird ja ziemlich definitiv gesagt, was gemacht werden soll. Windkraft, Solarenergie, Energiespeicher usw. sollen gefördert werden. Es steht also schon fest, was das Ergebnis des Prozesses sein soll. Und das ist nicht die Aufgabe des Staates. Förderung muss nämlich ergebnisoffen erfolgen, wenn sie Erfolg haben soll.

Ich nenne Ihnen ein einfaches Beispiel. Ich schwimme sehr gerne, auch im Hallenbad zurzeit. Die Hallenbäder haben ja alle versucht, Energie zu sparen, indem sie die Wassertemperatur gesenkt haben. Viele haben dann festgestellt, dass die Leute nicht mehr kommen, sodass sie mehr Einnahmeeinbußen haben, als sie an Kosten sparen, und haben das teilweise wieder korrigiert. Bei anderen ist es vielleicht anders gewesen.

Das heißt, dass man immer den Einzelfall betrachten muss. Wenn Sie bindende Vorschriften für alle machen, werden Sie in einer großen Zahl der Fälle am Ziel vorbeischießen. Darum leben wir in einer Marktwirtschaft, weil die dezentralen Entscheidungen, wenn auch auf der Basis allgemeiner Anreize, zentralen Anweisungen des Staates haushoch überlegen sind. Der Nobelpreisträger Hayek hat einmal gesagt, dass das eine Anmaßung von Wissen ist. Auch wenn die Ministerien noch so gute Mitarbeiter haben – und sie haben gute Mitarbeiter, teilweise aus meinem eigenen Institut –, sind sie prinzipiell nicht in der Lage, das Wissen von Millionen von Menschen, die alle ihren Bereich sehr viel besser kennen, als es jemals ein Ministerialbeamter kann, zu ersetzen.

Aus diesem Grund ist eine aktive Wirtschaftspolitik jedenfalls in dem Sinne, wie sie hier im SPD-Antrag gefordert wird, nach meiner Ansicht der völlig falsche Weg.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank. – Nun eröffne ich die dritte Fragerunde.

André Stinka (SPD): Ich würde gerne eine Frage an Herrn Seyfert vom VIK richten. Durch die von Ihnen gerade angeführten Branchen – Chemie, Metall und verarbeitendes Gewerbe – haben wir in Nordrhein-Westfalen schon eine besondere wirtschaftliche Situation. Sie haben deutlich gemacht, dass Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Transformationsleistungen zum Teil erhöht haben. Welche spezifische Aufgabe sehen Sie bei einer Landesregierung in Richtung Infrastrukturausbau, verlässliche Rahmenbedingungen beispielsweise für Wasserstoff usw.? Denn die Unterschiede der Bundesländer sind klar, und eine Landesregierung hat hier hohen Handlungsbedarf. Was brauchen diese Branchen, um die nächsten Jahre Klarheit für Investitionen im Bereich „Transformation“ zu haben?

Dr. Patricia Peill (CDU): Meine Frage geht an Herrn Felsch von unternehmer nrw. Sie haben gerade ausgeführt, wie komplex die Industriestrompreisgestaltung ist, und hatten nicht genug Zeit, um hier konstruktive Kritikpunkte zu nennen; Stichwort „Rendezvous mit der Realität“. Könnten Sie dies doch noch einmal darstellen?

Jan Matzoll (GRÜNE): Mit meiner Frage wende ich mich an Herrn Dr. Mainz. Das Thema „Fachkräftemangel“ ist bisher ein wenig untergegangen. Wie wir in den letzten Tagen auch noch einmal der Fachpresse entnehmen konnten, ist das aber eigentlich das große, zentrale Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme ja auch davon, dass das das zentrale Risiko in NRW ist. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht sinnvoll und notwendig, um Fachkräftemangel entschlossen zu begegnen?

Ralf Witzel (FDP): Ich möchte insbesondere den Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen noch einmal ansprechen und hätte gerne Ihre Einschätzung dazu. Wie attraktiv präsentiert sich gerade unser Bundesland aktuell für Unternehmen, was Investitionsbereitschaft angeht? Diese Frage an den Sachverständigen Hubertus Bardt stelle ich auch vor dem Hintergrund

von besorgniserregenden Hinweisen, die uns erreichen, dass immer mehr Unternehmen darüber nachdenken, Teile ihrer Produktion ins Ausland zu verlagern, weil die Standortbedingungen dort besser sind.

Christian Loose (AfD): Meine Frage richtet sich an Herrn Professor van Suntum. Herr Vanselow hatte das Problem bei Ford angesprochen. Die Politik hat ja beispielsweise die Unternehmen aktiv in die E-Mobilität getrieben. Die Folge ist nun, dass Firmen wie Ford in Köln jetzt aktiv ihre Produktion ins Ausland verlagern. Es scheint so zu sein, dass die nächste aktive Politik, wie sie im Antrag gefordert wird, die Fehler der letzten aktiven Politik verschleiern bzw. verschlimmbessern würde. Wie beurteilen Sie das Ganze, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Staat vorgibt, was sogenannte Zukunftstechnologien sein sollen?

Christian Seyfert (VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft): Herr Stinka, lassen Sie mich mit etwas Positivem anfangen, um zu zeigen, wie es eben auch geht. Im letzten Jahr ging es im Zuge der Vorbereitung auf eine mögliche Gas-mangellage bei sehr vielen Unternehmen um das Thema „Fuel Switch“. Unternehmen, die vielleicht noch eine noch nicht abgebaute Ölanlage aus alter Zeit hatten oder über andere Möglichkeiten verfügten, im Notfall von Gas wegzugehen, haben sehr schnell überlegt und Vorbereitungen getroffen, um die Anlagen, sofern sie noch vorhanden waren, so weit zu ertüchtigen. Dabei sind sie natürlich immer auf das Immissions-schutzrecht und auf die durchführenden Behörden angewiesen. Das hat zum Glück in Nordrhein-Westfalen – nicht nur, aber auch in Nordrhein-Westfalen – nach allem, was ich erfahren habe, sehr gut geklappt. Hier wurde sehr pragmatisch und lösungsorientiert zusammengearbeitet und geholfen.

Das halte ich auch für das, was das Land wahrscheinlich am besten tun kann. Es geht um Themen wie „Bürokratie“, beispielsweise um ein Belastungsmoratorium mit bürokratischen Vorschriften von Landesseite, auch was Durchführungsbestimmungen angeht, oder dort, wo das Land zuständig ist oder auch die nachgeordneten Ebenen zuständig sind, um Planungsrecht sowie Planungs- und Genehmigungszeiträume. Da kann sehr viel getan werden. Sicherlich geht es auch um Förderprogramme, also um Geld. Aber dort hat meines Erachtens der Bund mehr Möglichkeiten, Dinge zu verändern und Recht zu setzen.

Außerdem geht es um positive Einflussnahme durch das Land sowohl auf die Bundespolitik in Berlin als auch auf die europäische Ebene in Brüssel. Bei der industriellen Transformation handelt es sich um Themen, die wir sehr intensiv diskutieren und die wir auch mit der Politik in Berlin sehr intensiv diskutieren. Das sind der Hochlauf der Wasserstoffinfrastruktur, unter anderem von Netzen, aber auch das Dargebot an Wasserstoff und dessen Produktion sowie die Kohlendioxidabscheidung und -speicherung, die Verbringung ins Ausland und Klimaschutzverträge, zum Beispiel Contracts for Difference. Dort kann gerade ein wirtschaftlich starkes Bundesland wie NRW, das in Berlin sehr wohl Gehör findet, viel Positives bewirken. Das gilt für die Landesregierung, aber sicherlich auch für den Landtag.

Auch in Richtung Brüssel, das von Düsseldorf gar nicht so weit entfernt ist, kann man etwas tun, zum Beispiel beim Thema „CBAM“. Dort kann man sich mindestens über die Bundesregierung entsprechend einsetzen. Gerade für die exportorientierte Industrie wäre ein Carbon Border Adjustment Mechanism so, wie er bisher diskutiert wurde, hoch riskant, wenn nicht sogar tödlich, und zwar sehr schnell. Auch da können die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Landtag Nordrhein-Westfalen sicherlich sehr gut konstruktiv und auch pragmatisch Einfluss nehmen.

Das ist, in wenigen Worten skizziert, das, was unsere Mitglieder und wir uns wünschen würden und uns vorstellen können.

Alexander Felsch (unternehmer nrw): Frau Dr. Peill, Sie haben gefragt, warum ich die Preisbremsen gerade, zeitlich bedingt, pauschal recht kritisch bewertet habe. Ich will gerne die Gelegenheit nutzen, das noch ein bisschen umfassender zu begründen. Der Ansatz der Gaskommission war, den Preis für eine gewisse Zeit auf ein Niveau zu bringen, bei dem wesentliche Teile des verarbeitenden Gewerbes wieder produzieren können, sodass wir dort nicht in noch größere als die ohnehin bestehenden Produktionslücken hineinlaufen. Das war der Ansatz.

Die Bundesregierung hat dieses einstimmige Ergebnis entgegengenommen und versucht es nun umzusetzen. Bei der Umsetzung sind auch einige Fehler oder Schwierigkeiten aufgetreten. Da wurde auf deutscher Seite noch einmal Gold Plating betrieben. Aber die größten Schwierigkeiten ergeben sich unmittelbar aus dem Beihilferecht. Das ist der erste und kritischste Punkt. Ende Oktober 2022 wurde der TCF dann noch einmal novelliert. Statt des pauschalen Preises für 70 % des Verbrauchs von industriellen Verbrauchern kommen Höchstgrenzen hinein. Ich nenne gleich noch einige andere Kriterien. Aber wenn ein Unternehmer mit einem hohen Verbrauch fragt, mit wie viel Hilfe er rechnen kann, ist am Ende die sichere Antwort: 2 Millionen Euro. – Was darüber hinaus an Hilfe kommt oder nicht kommt, muss man dann versuchen, für sich zu klären. Aber der Betrag, mit dem man sicher rechnen kann, sind 2 Millionen Euro. Wie sich jeder vorstellen kann, sorgt das beispielsweise bei einer Aluminiumhütte oder einem Chemiewerk nicht dafür, dass man wieder eine schwarze Null schreibt. Es ändert an den Rahmenbedingungen nicht ausreichend viel.

Man muss dann also einmal für sich klären, wo man denn steht. Wenn man energieintensiv ist, kann man 50 bis 100 Millionen Euro beantragen. Wenn man energieintensiv ist und auf einer Branchenliste steht, sind es bis 150 Millionen Euro. Ich bin jetzt immer bei der EU; Deutschland hat es dann umgesetzt. In Teilen ist nicht nachvollziehbar, wie die Branchenliste sich zusammensetzt. Welche Branchen darin aufgeführt sind, erscheint willkürlich. Schon die Gießereien sind nicht alle dort aufgenommen. Und wenn man bei über 150 Millionen Euro Bedarf liegt, ist man im Einzelnotifizierungsverfahren.

Jetzt kommen wir zu einer deutschen Besonderheit. Während der TCF, also das europäische Beihilferecht, von Einzelunternehmen, also Legal Entities, spricht, sagen wir in Deutschland, dass die Preisbremsen für verbundene Unternehmen, also alles, was irgendwie zusammengehört, gelten. Damit steht man auch vor praktischen Herausforderungen wie: Wir sind aber gar nicht zu einer Konzernrechnungslegung verpflichtet.

Rechnungswesenseitig kriegen wir die Zahlen eigentlich nicht aggregiert. Wie sollen wir das denn jetzt machen? – Die Antwort von PwC und vom Bundeswirtschaftsministerium lautet: Darum müssen wir uns kümmern.

Das waren jetzt nur die Höchstkriterien. Dann gibt es noch das EBITDA-Kriterium. Wenn ich über 2 oder 4 Millionen Euro hinauskomme, muss ich Rückgänge nachweisen. Das war aber gar nicht die Idee der Kommission. Die Idee war: Wie komme ich wieder zu vernünftigen Energiepreisen, mit denen ich arbeiten kann? – Und das EBITDA-Kriterium ist ein hartes Kriterium. Wenn Sie es nicht erfüllen, sind Sie raus; dann sind Sie wieder bei den 2 Millionen Euro.

Zur Arbeitsplatzzerhaltung will ich nur Folgendes sagen: Ja, Sie müssen Verpflichtungen bis 2025 abgeben. Vor dem Hintergrund des Verlaufs der letzten drei Jahre ist es aber sehr sportlich, sich für über zwei Jahre festzulegen.

Das alles – diese Kriterien, die alle miteinander zu verschränken sind – macht es in Summe extrem schwer. Das Jahr 2023 läuft. Sie mussten also, auf welcher Basis auch immer, für Aufträge bieten und können erst jetzt Ihre Kostensituation klären. – Ich hoffe, dass das reicht, um eine Idee zu haben, wo die Kritikpunkte bei den Preisbremsen sind.

Dr. Matthias Mainz (IHK NRW [per Video zugeschaltet]): Die Ausführungen von Herrn Felsch reizen jetzt ungemein, noch einen Halbsatz zu sagen. Vielleicht erlauben Sie mir nur folgenden Hinweis: Die Ankündigung der Preisbremsen hat zu einer enormen Beruhigung beigetragen. Aufgrund der Probleme in der Ausgestaltung, die mein Vorredner gerade dargestellt hat, sagt uns aber im Moment in den Umfragen die Hälfte der Unternehmen, dass sie gar nicht wissen, ob sie sie nutzen können. An diesem Widerspruch sehen Sie ganz deutlich, wie die Umsetzung dem eigentlichen Zweck und der Ankündigung entgegenläuft. Denn sie sollten für Sicherheit und Beruhigung sorgen, schaffen das aber bei der Hälfte der Unternehmen, auch in der Industrie, nicht.

Nun zur Frage zu den Fachkräften: Fachkräftemangel ist über die letzten drei Jahre in allen Krisen bei uns in den Umfragen immer von allen Unternehmen, und zwar inzwischen über alle Branchen, also nicht mehr nur spezifisch auf einzelne Branchen bezogen, als das Risiko genannt worden. Weit über 50 % unserer Unternehmen antworten uns, dass das Fachkräfterrisiko ihr strukturelles Problem ist, das sie derzeit haben.

Das hat den erfreulichen Effekt, dass sich die Krisen der letzten Jahre in den Arbeitsmarktstatistiken nicht in dem Maße widerspiegeln, wie man es eigentlich erwarten müsste, wenn man sich die Umsatzrückgänge anschaut. Dadurch darf man sich aber nicht dazu verleiten lassen, zu glauben, das würde auf Unendlichkeit so weitergehen. Denn wir haben, wie meine Vorredner bereits angesprochen haben, große Herausforderungen in der Transformation. Das wird nicht mit den gleichen Arbeitskräften gehen, die wir heute haben. Wir müssen sie qualifizieren; wir müssen sie weiterbilden; wir werden neue Arbeitskräfte brauchen.

Herr Matzoll hat mich konkret gefragt: Was müsste denn jetzt passieren? – Eigentlich müsste das komplette Register der Maßnahmen gezogen werden. Wir müssten uns noch einmal anschauen, welche Potenziale wir im Inland haben, die wir noch aktivieren

können – durch entsprechende Arbeitszeiten, durch Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, durch Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Da ist zwar schon viel passiert. Wir sind aber noch lange nicht da, wo wir hinkommen könnten und wo auch europäische Nachbarn sind.

Dadurch wird das Thema „Zuwanderung“ aber natürlich nicht obsolet. Dort hat die Diskussion um das Fachkräfteeinwanderungsgesetz eine gewisse Bewegung gebracht. Wir sehen aber noch nicht, dass hier die Geschwindigkeit tatsächlich entsprechend erhöht wird, um Fachkräfte aus dem Ausland, aus dem außereuropäischen Ausland, so schnell in die Qualifikation und in die Berufe hineinzubekommen, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen an den Standorten wirklich brauchen.

Wie ich bereits mit Blick auf die Transformation thematisiert habe, stehen wir auch vor der großen Herausforderung der Weiterbildung und der Qualifizierung. Wir haben das vorhin am Beispiel „Wasserstoff“ nur andiskutiert und am Beispiel „E-Mobilität“ kurz angesprochen. Daher müssen wir nicht nur ganz neue Prozesse und ganz neue Techniken einführen, sondern unsere Mitarbeitenden auch dazu bringen, dass sie es hinkommen und diesen Wandel dann auch erfolgreich vollziehen können. Denn was hat Wandel nachher bewirkt, wenn wir entweder unsere Menschen nicht mitgenommen haben oder unseren Wohlstand oder unsere Beschäftigung gefährdet haben?

Diese Qualifizierungs- und Weiterbildungsanstrengungen sind keineswegs trivial. Wir reden im Land auch schon länger darüber. Das ist eher eine Diskussion, die sich über Jahrzehnte hinzieht. Wir denken aber, dass es sich dabei in der Transformation um einen Knackpunkt handelt, und zwar auf Unternehmens- wie auch Verwaltungsseite, um diesen Wandel überhaupt in der Vorbereitung vollziehen zu können.

Das möchte ich noch mit einigen Sätzen am Beispiel „Wasserstoff“ verdeutlichen. Wenn Sie in den mittelständischen Unternehmen überlegen, wie Sie Ihren energieintensiven Prozess auf Wasserstoff umstellen können, haben Sie natürlich Fragen, die sich auf Ihren eigenen Prozess und Ihren eigenen Standort beziehen. Sie haben aber auch Anforderungen an die Infrastruktur. Dabei geht es darum, wie denn die Wasserstoffleitung ins Siegerland oder ins Sauerland kommt, wo wir die großen Produzenten im mittelständischen Bereich haben. Wird das mit Tanks geregelt, wird das über eine Leitung geregelt, oder wie soll das gehen? Auch da brauchen wir nicht allein Geld und Baumaßnahmen, sondern auch Prozesse und Überlegungen, die aber nur von Menschen umgesetzt werden können.

Dieses Know-how muss man dann auch aufbauen. Insofern stellt sich in Bezug auf das Fachkräfteproblem nachfrageseitig nicht nur die Frage: „Wie kriege ich meine Workflows erneuert?“, sondern immer auch die Frage: „Wie bekomme ich meinen Prozess dann auch umgesetzt“?

Prof. Dr. Hubertus Bardt (Institut der deutschen Wirtschaft Köln): Vielen Dank für die Frage zur Attraktivität des Standorts NRW. Wir führen regelmäßig Regionalvergleiche durch. Wenn wir die nordrhein-westfälischen Landkreise mit den anderen Bundesländern vergleichen, was die Standortqualität angeht, sehen wir, dass Nordrhein-Westfalen nach dem letzten Stand – die letzte Veröffentlichung war Anfang letzten Jahres,

der Datenstand also entsprechend vorher – auf dem zwölften Platz ist. Danach kommen Thüringen, Bremen, Saarland und ein weiteres Land, das mir im Moment nicht einfällt. Da besteht also Potenzial, um es so zu formulieren. Das ist auch keine jüngere Entwicklung, sondern hat schon eine längere Geschichte.

Schauen wir uns nun die relativen Stärken und Schwächen des Landes Nordrhein-Westfalen an.

Relative Stärken unseres Landes sind – da liegt Nordrhein-Westfalen nicht an der Spitze der Bundesländer, aber im oberen Mittelfeld –, dass wir relativ viele Menschen in wissensintensiven Dienstleistungen beschäftigt haben und relativ viele Hochqualifizierte beschäftigt haben. Beide Faktoren helfen natürlich dabei, Transformation zu ermöglichen, Strukturwandel zu ermöglichen und Innovation zu ermöglichen. Außerdem haben wir, verglichen mit anderen Bundesländern, noch eine relativ gute Altersquote.

Ganz am anderen Ende sind wir bei folgenden Punkten: Die Gewerbesteuer ist ein Riesenproblem. Da sind die durchschnittlichen Hebesätze und die Spitzen problematisch. Wir haben eine relativ geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen in Nordrhein-Westfalen. Das verringert das Potenzial von Mitarbeitern und verschärft den Fachkräftemangel. Ferner haben wir einen relativ schlechten Wanderungssaldo der jüngeren Menschen, der 25- bis 30-Jährigen. Es gelingt also nicht, diejenigen, die hier gut ausgebildet worden sind, dann auch in ausreichendem Maße hierzuhalten.

Das alles steht vor dem Hintergrund der Standortqualitäten und -probleme, die Deutschland insgesamt hat.

Ich beginne mit den traditionellen Vorteilen. Wir haben eine gute Innovationsinfrastruktur. Die Innovationsinfrastruktur der Regionen in Deutschland ist insgesamt nicht schlechter als in den USA. Uns fehlen die riesigen Highlights, die es in den USA gibt. Diese Leuchttürme, die wirklich Dynamik machen, haben wir hier nicht. Einen Standortvorteil haben wir traditionell durch die Qualifikation der Mitarbeiter. Hier erinnere ich an das Thema „Fachkräfteengpass“. Das ist genau der große und auf Dauer infrage gestellte Vorteil. Für die Infrastruktur gilt Ähnliches, auch für kleinere Infrastrukturen. Die Infrastruktur ist im internationalen Vergleich relativ gut. Aber das ist bröselig, um es einmal bildlich zu formulieren; schöne Grüße aus dem Sauerland.

Auf der negativen Seite stehen die Kostenprobleme, die wir immer schon hatten. Zusätzlich zu den im Vergleich hohen Steuern sind das die Energiekosten. Das war schon immer ein Problem und ist jetzt zu einem brutalen Problem geworden, das wiederum Nordrhein-Westfalen ganz besonders trifft. Am Umsatz gemessen, handelt es sich bei 30 % des verarbeitenden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen um energieintensive Branchen. Im Bundesvergleich sind es knapp unter 20 %.

Damit drohen die integrierten Wertschöpfungsketten, die wir hier als traditionelle Stärke und traditionellen Verbundvorteil hatten, zu einem strukturellen Nachteil zu werden, wenn dann der Kern des Ganzen infrage steht. Deshalb sind die Initiativen so wichtig, zu überlegen, wie wir denn diese Branchen erfolgreich in eine dekarbonisierte Welt mitgenommen bekommen, und zwar am Standort Nordrhein-Westfalen. Denn die Gefahr, dass wir sie jetzt aus völlig anderen Gründen verlieren, ist umso größer.

(Ralf Witzel [FDP]: Auslandsabwanderung?)

– Was wir international im Augenblick sehen, sind eher kurzfristige Verlagerungen innerhalb bestehender Strukturen. Es finden nicht so viele Brownfield-Investitionen in Drittländern statt, sondern Unternehmen, die international tätig sind, bringen ihre Auslastung dahin, wo Energie im Augenblick viel günstiger ist. Das ist ganz klar die USA. Da besteht auch eine andere Dynamik. China ist das andere Thema. Es ist immer noch ein Wachstumsmarkt. Da kommen dann die bescheideneren Wachstumsaussichten Europas mit hinzu.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum: Es ist nach den Zukunftsinvestitionen gefragt worden. Niemand weiß, was sinnvolle Zukunftsinvestitionen sind. Ich weiß das nicht, hier im Raum weiß es niemand, und es weiß auch kein Unternehmer; denn es betrifft die Zukunft, und niemand von uns hat eine Glaskugel und kann sagen, was denn genau das Richtige wäre. Aus diesem Grunde ist es grundsätzlich ein Fehler, alle Eier in einen Korb zu legen, wie man im Sauerland sagen würde. Wenn ich fördern will und gute Investitionsbedingungen schaffen möchte, sollte ich das also ergebnisoffen, nämlich technologieoffen, tun. Das geschieht zurzeit leider nicht. Und schon gar nicht sollte Nordrhein-Westfalen hier Vorreiter sein, indem es versucht, eine bestimmte Technologie oder bestimmte Technologien zu fördern – und andere Technologien damit gerade nicht. Das ist ein grundsätzlicher Fehler, von dem ich abraten würde.

Ich nenne hier wieder ein Beispiel aus meinem eigenen Bereich. Schon vor vielen Jahren habe ich mein Haus von einem Energieberater untersuchen lassen, um zu wissen, was ich machen kann, um Energie zu sparen. Er hat sich alles im Detail angeschaut und mir zum Beispiel die Empfehlung gegeben, eine Wärmepumpe einzubauen. Das ist für mich eine Zukunftstechnologie gewesen. Die Wärmepumpe hat sich auch bewährt. Ich habe sie also schon seit vielen Jahren. Aber beispielsweise wärmedämmende Fenster wären in meinem Haus unsinnig gewesen. Ich habe ein Fertighaus, das sowieso über eine gute Isolierung verfügt. Bei wärmedämmenden Fenstern wären die Kosten höher gewesen als der Nutzen.

Darum ist, was Zukunftstechnologie ist, nicht nur grundsätzlich offen; es ist auch möglicherweise unterschiedlich. Ich nenne einmal die E-Autos. In der Stadt mögen sie sich vielleicht tatsächlich einmal durchsetzen; im Fernverkehr bin ich skeptisch. Ich weiß es aber nicht. Darum halte ich es für einen Fehler, von staatlicher Seite her bestimmte Technologien zu definieren, die man fördern will, und andere damit auszuschließen.

Hier sollte sich der Staat mehr auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Herr Bardt hat ja gerade die Punkte genannt. Insbesondere für ein Bundesland ist es meines Erachtens die beste Zukunftsvorsorge, für gute Standortbedingungen zu sorgen. Neben den vielen Problemen, die Herr Bardt richtigerweise angesprochen hat, möchte ich noch die Infrastruktur nennen. Insbesondere die Straßenverkehrsinfrastruktur ist in Nordrhein-Westfalen katastrophal, also viel zu stark ausgelastet. Hier sind jahrzehntelang – das kann man nicht der jetzigen Regierung vorwerfen – meines Erachtens falsche Prioritäten gesetzt worden. Die Leute sagen zwar immer, dass sie gerne mehr Busse und mehr Bahnen haben möchten. Aber weil es prinzipiell insbesondere in der Fläche gar nicht möglich ist, die Flexibilität und die Individualität des Pkw-Verkehrs

durch öffentliche Verkehrsmittel abzubilden, lassen die Leute dann doch die Busse stehen und fahren mit dem Auto. Ich denke, dass auch in diesem Bereich eine grundsätzliche Neuorientierung erfolgen muss. Man sollte sich auf jeden Fall auf die Dinge konzentrieren, die Aufgabe des Staates sind und bei denen in Nordrhein-Westfalen wirklich viele Hausaufgaben zu erledigen sind, statt sich auf Ersatzfelder zu begeben. Ich denke da immer an meinen Sohn. Wenn er keine Lust hatte, Mathe zu machen, hat er gesagt: Ach, ich schreibe erst mal einen Aufsatz. – Und das ist nicht zielführend. Man muss erst einmal seine Hausaufgaben erledigen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich danke den Sachverständigen auch für diese Antwortrunde. – Jetzt gebe ich den Abgeordneten die Möglichkeit für eine weitere, vierte Fragerunde.

Lena Teschlade (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Vanselow von der IG Metall. Im Herbst 2022 wurden Konjunkturumfragen für den Istzustand und für den Ausblick durchgeführt, die jeweils durchaus schlechte Bewertungen ergaben. Jährlich wird der Investitionsbedarf allein in Nordrhein-Westfalen auf 500 Milliarden Euro geschätzt. Dazu braucht es öffentliche Investitionen und die Entfesselung der privaten Investitionen. Die SPD hatte dafür einen Transformationsfonds vorgeschlagen, sowohl als politisches Zeichen als auch als Investitionstreiber für privates Kapital. Jetzt würde mich interessieren, was es denn aus Ihrer Sicht braucht, um den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen aktuell zu stabilisieren und in eine klimaneutrale Zukunft mit Guter Arbeit zu führen.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Meine Frage geht an unternehmer nrw. Herr Felsch, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme – ich zitiere –:

„Wir brauchen einen enormen Ausbau der Energieerzeugungs- und Speicherkapazitäten. Insbesondere muss der drastische Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffinfrastruktur gelingen.“

Warum ist das aus Sicht der Wirtschaft so wichtig? Vielleicht zur Einordnung – Herr Professor van Suntum hat ja gesagt, der Staat solle lieber in anderen Ländern zur Verringerung der Treibhausgasemissionen investieren; das wäre günstiger als in Deutschland –: Warum braucht die Industrie, warum braucht die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen viel, viel mehr erneuerbare Energien und eine Wasserstoffinfrastruktur? Was muss der Staat dafür tun?

Antje Grothus (GRÜNE): Ich möchte mit einer Frage an Herrn Professor Lechtenbömer vom Wuppertal Institut anschließen. Sie sagen, dass die schlechte wirtschaftliche Entwicklung durch die spezifische Wirtschaftsstruktur in NRW reflektiert wird. Wir haben in der Tat 50 % Stahlerzeugung, energieintensive Grundstoffindustrie und energieintensive Weiterverarbeitung. Welche Strategien und Maßnahmen schlagen Sie denn vor, damit wir uns krisenresilienter, also widerstandsfähiger, aufstellen können, und welche Maßnahmen in Richtung einer Diversifizierung halten Sie für sinnvoll und zu

unterstützen? Meine Frage zielt auf selektives Wachstum ab. Und wie können wir diese hohe Exposition bezüglich der Anfälligkeit gegenüber Preisrisiken dezimieren?

Ralf Witzel (FDP): Ich möchte an den Sachverständigen Christian Seyfert vom VIK eine ähnliche Frage richten, wie ich sie zuletzt auch an Herrn Professor Bardt gerichtet habe, nämlich zur Gefahr von Abwanderung ins Ausland. Sie vertreten die energieintensiven Industriebetriebe und kennen auch die Stimmung in diesen Unternehmen sehr gut. In den USA, die hier schon Stichwort gewesen sind, gab es vor einigen Jahren sehr unternehmensfreundliche Steuerreformen und gibt es aktuell den Inflation Reduction Act. Was bedeutet es für energieintensive Unternehmen, wenn sie Produktionen international in zivilisierte, stabile, westlich orientierte Länder, also ohne die Risiken unsicherer Staaten, verlagern können, wo die Energiekosten in aller Regel etwa ein Drittel dessen betragen, was wir hier am Standort Deutschland aufwenden müssen?

Christian Loose (AfD): Meine Frage geht an Herrn Professor Dr. van Suntum. Kein anderes Bundesland hat gemäß Ihrer Stellungnahme in den letzten Jahrzehnten bereits mehr öffentliche Mittel, also Subventionen, zur Umstrukturierung seiner Wirtschaft aufgewendet. Jetzt fordern beispielsweise die Industriegewerkschaft Metall oder auch die Antragsteller einen Transformationsfonds in Höhe von 30 Milliarden Euro. Da soll in irgendeiner Weise auch privates Kapital eingesammelt werden. Wie beurteilen Sie die Sinnhaftigkeit eines solchen Fonds, insbesondere aber auch hinsichtlich des Punktes, da privates Kapital in irgendeiner Weise zu generieren?

Achim Vanselow (IG Metall Nordrhein-Westfalen): Frau Teschlade, die Notwendigkeit eines Transformationsfonds rechtfertigt sich aus unserer Sicht schon allein daraus, dass die notwendigen Investitionen, die getätigt werden müssen, wenn wir ernsthaft die Klimaziele erreichen wollen und Industrieland bleiben wollen, in den nächsten Jahren erfolgen müssen. Wir haben heute bereits die Aussagen der Unternehmen zu den Investitionen gehört, die 2023 getätigt werden sollen. Der Ausblick für das Folgejahr wird angesichts der nach wie vor bestehenden Unsicherheiten wahrscheinlich nicht viel besser werden. Diese Aussagen weisen genau in die entgegengesetzte Richtung. Das ist kein Spezifikum von Nordrhein-Westfalen, sondern sieht man auch woanders.

Diese Lücke muss – davon sind wir überzeugt – unbedingt adressiert werden. Denn selbst den Unternehmen, die guten Willens sind und in die Dekarbonisierung von Produkten investieren, ist zum jetzigen Zeitpunkt klar, dass sie für diese grünen Produkte keine höheren Preise durchsetzen können. Das heißt – jetzt nur einmal ökonomisch auf das Thema geschaut –: Betriebswirtschaftlich macht Transformation für viele Unternehmen gegebenenfalls überhaupt keinen Sinn.

Wenn wir auf dem bisherigen Pfad bleiben, können wir die ganzen Ziele, die wir ja, jedenfalls in der großen Menge, alle teilen, vergessen. Das ist auch der Punkt, der unsere Beschäftigten umtreibt. Wir hören zwar viel über Planungssicherheit für Unternehmen. Wir brauchen aber auch Planungssicherheit für die Menschen. Und die gibt es aktuell nicht.

Ich möchte auch eine eindringliche Warnung aussprechen. Jetzt sage ich einmal etwas zu einem Punkt, zu dem ich nicht gefragt worden bin. Das Thema „Fachkräftemangel“ droht ein bisschen in die Richtung abzurutschen, dass es heißt: Wenn es in den einzelnen Unternehmen schiefeht und die Leute dort freigesetzt werden, ist das ja nicht so schlimm; schließlich haben wir Fachkräftemangel. – Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten – wir sind ja kein Forschungsinstitut – einmal geschaut und Kolleginnen und Kollegen nachtelefoniert, die wir bei den letzten Restrukturierungen verloren haben. Ja, da gibt es welche, die von der Facharbeit in die Facharbeit gegangen sind. Es gibt aber auch welche, die bei Paketlieferdiensten gelandet sind, und welche, die heute im Kiosk am Ebertplatz stehen. Diese Aufzählung könnte ich noch fortsetzen. Das ist nicht die Transformation, die wir uns vorstellen. Hier halten wir Handlungsbedarf für dringend gegeben.

Man muss einfach verstehen, dass wir hier – jetzt bin ich beim Punkt „aktive Industriepolitik“ – nicht über staatlichen Einfluss auf der Ebene von Einzelprodukten reden. Da gebe ich Herrn Professor von Suntum völlig recht; das ist Unfug. Wir sprechen über den Umbau von Industriesystemen. Das Dilemma, vor dem wir gerade stehen, ist, dass politische Prozesse, Investitionszyklen oder Innovationszeiträume und Marktentwicklungen aktuell nicht zusammenpassen. Um es hier noch einmal auf den Punkt zu bringen: Stand heute erreichen wir die Ziele nicht. Und mir ist, ehrlich gesagt, nicht klar, wie wir ohne aktive Industriepolitik von diesem Pfad abkommen wollen.

Alexander Felsch (unternehmer nrw): Herr Dr. Untrieser, wir haben in der Tat die Aussage getätigt, dass wir sehr, sehr starken Ausbau bei den Erzeugungskapazitäten, bei den Speichern und beim Wasserstoff brauchen. Warum ist das notwendig? Ich fange gerne mit einem Punkt an. Es gibt hier in Nordrhein-Westfalen eine große politische Kontinuität, das Thema „Industriepolitik“ sehr ernst zu nehmen und sich mit den Rahmenbedingungen von Industrie auseinanderzusetzen. Das begann mit den Leitlinien von Minister Duin. Dann gab es und gibt es das Industriepolitische Leitbild, initiiert von den Herren Laschet und Pinkwart. Die aktuelle Landesregierung hat sich in der vergangenen Woche aufgemacht, es mit dem Zukunftsdialog Industrie möglichst noch in diesem Jahr weiterzuentwickeln.

Die Industrie ist wesentliche Grundlage für den Wohlstand in Nordrhein-Westfalen. Diesen Wohlstand werden wir in einer reinen Dienstleistungsgesellschaft nicht halten können. Und was braucht die Industrie? Sie braucht in Zukunft viel Strom und viel mehr Strom, als das in der Vergangenheit der Fall war und ist. Denn wir nehmen dort die konventionellen Energieträger, vor allem Kohle und Gas, heraus. Wo das nicht möglich ist – vor allem bei Stahl und Chemie; da geht es los und strahlt dann in andere Bereiche aus –, brauchen wir Wasserstoff.

Dafür sind sehr, sehr hohe Investitionen erforderlich. Wir haben uns einmal angeschaut, wie viel man eigentlich pro Jahr in Nordrhein-Westfalen zusätzlich investieren muss, um die 2030er-Ziele zu erreichen. In den ganzen Studien, die das untersucht haben, kommt man auf einen Wert zwischen 5 und 50 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist eine große Streuung. Aber 5 Milliarden Euro sind ziemlich genau die die Investitionssumme für das Tesla-Werk in Grünheide. Das heißt: Wenn wir die Klimaziele

erreichen wollen, müssen wir jedes Jahr irgendetwas zwischen einem und zehn Tesla-Werken on top in Nordrhein-Westfalen planen, genehmigen und bauen.

Daraus ergeben sich jede Menge politische Aufgaben, was die Leistungsfähigkeit und die Schnelligkeit von Verfahren angeht, um auch die Strukturen für diesen Energiebedarf zu schaffen. Das ist eine staatliche Aufgabe. Es geht darum, Teile des Gasnetzes umzuwidmen, Teile eines Wasserstoffnetzes neu zu entwickeln und die Wertschöpfungsketten des Wasserstoffs von den Elektrolyseuren bis zu der letzten Endanwendung zu ermöglichen. Dies zu planen, sind große staatliche Aufgaben, die auf die Politik zukommen. Damit hat sich die Wasserstoff-Roadmap ja schon beschäftigt. Jetzt muss man sie an die neuen Bedingungen, die sich seit dem Frühjahr vergangenen Jahres noch einmal deutlich verändert haben, zügig anpassen.

Prof. Dr. Stefan Lechtenböhmer (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie):

Frau Grothus, Sie haben die Frage gestellt, inwiefern die spezielle Wirtschaftsstruktur in NRW jetzt eine Rolle spielt und was wir tun können, um da voranzukommen. Lassen Sie mich einmal grundsätzlich anfangen. Auch ich habe keine Glaskugel. Aber eine Sache wissen wir ja definitiv: dass wir in der Zukunft einen Klimawandel haben werden und dass deswegen eine Resilienz der Wirtschaft, was die Energieversorgung und die Märkte angeht, auf jeden Fall die richtige Strategie ist.

Deswegen stimme ich Herrn Felsch auch vollkommen zu. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, um eine klimaneutrale Wirtschaft in NRW – hier ist die Wirtschaft nun einmal energieintensiv – hinzubekommen, ist ein ganz zentrales Thema. Er hat schon zahlreiche Punkte genannt. Ich kann mir gut vorstellen, dass hier auch Transformationsfondsgedanken eine Rolle spielen können. Wir wissen, dass der Ausbau der Erneuerbaren, insbesondere der Ausbau der Infrastrukturen, auch ein Akzeptanzthema ist, das aber vielleicht über die interessante Kombination mit privatem Investment vorangebracht werden kann.

Aus meiner Sicht ist das also ein ganz zentraler Aspekt. Natürlich sollte NRW als Land dabei eine wichtige Rolle spielen. Denn hier sind diese Industrien nun einmal fokussiert. Das ist auch unser Profil. Das ist aber auch eine Leistung, die wir für die deutsche und die europäische Wirtschaft erbringen. Natürlich lebt das Land davon. Es ist aber auch ein Teil der übergeordneten Industriestrukturen. Wichtig ist, dies zu betonen und auch in Berlin und Brüssel zu Gehör zu bringen. Da gibt es eine Menge Instrumente, die in NRW auch schon ergriffen worden sind. Daran sollte meiner Ansicht nach aktiv weitergearbeitet werden.

Vielleicht noch ein letzter Punkt – das Thema ist auch schon mehrfach angesprochen worden –: Die Transformation der Industrie und der Ausbau der erneuerbaren Energien sind Akzeptanzthemen. Das müssen wir gesamtgesellschaftlich wollen. Hinzu kommt noch der Fachkräftemangel. Herr Mainz hat das bereits sehr gut zusammengefasst. Das ist in der Tat ein sehr langfristiges Thema, das schon viele Jahre auch hier im Landtag diskutiert wird. Grundsätzlich hat die Industrie da in den letzten Jahren aber auch einige Fehler gemacht, glaube ich. Insofern hat es sich die Industrie zum Teil auch selbst zuzuschreiben, dass das Image nicht immer gut ist. Ich will hier überhaupt niemanden persönlich nennen und keinerlei Schuldzuweisung vornehmen. Ich

glaube nur, dass wir da in ein positives Narrativ hineinkommen müssen. Deswegen habe ich in meiner Stellungnahme den Industriepakt Nordrhein-Westfalen erwähnt. Denn es geht darum, dass es uns gelingt, das Thema mit der Industrie als Teil der Lösung – denn wir brauchen auch diese Grundstoffindustrien als Teil einer zukunftsfähigen Wirtschaft – voranzubringen. Natürlich kann das alles nur langfristig wirken. Ich halte es aber für geradezu entscheidend für NRW, hier voranzukommen und dieses Wissen auch sehr breit in der Bevölkerung zu haben, und zwar sowohl für die Akzeptanz dessen, was wir für klimaneutrale Grundstoffindustrien oder energieintensive Industrien brauchen, als auch für die Qualifikation.

Christian Seyfert (VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft):

Gestatten Sie mir vor der Beantwortung der an mich gerichteten Frage ein kurzes ceterum censeo. Ich möchte mich den Ausführungen von Herrn Felsch zu den Preisbremsen ausdrücklich anschließen. Es liegt unseren Unternehmen sehr schwer im Magen, dass von dem Doppel-Wumms bei den Unternehmen gerade der energieintensiven Industrie im Grunde genommen nichts ankommt. Das Gleiche gilt auch für das Energiekostendämpfungsprogramm, EKDP, aus einem vorherigen Entlastungspaket. Dort sind jetzt – ich habe heute noch einmal nachgeschaut – 150 Millionen Euro beschieden und 3,8 Milliarden Euro eben nicht. Das heißt: Diese Hilfen erreichen trotz der kritischen Situation die Unternehmen aus unterschiedlichen Gründen nicht.

Das führt mich auch zur Antwort auf Ihre Frage, Herr Witzel, bezüglich der Gefahr von Abwanderungen oder Verlagerungen ins Ausland. Diese Risiken sind aus unserer Sicht erheblich. Das Thema „Verlagerung“ ist hier auch schon angesprochen worden. Gerade von in mehreren Ländern tätigen Konzernen wird im Ausland, wo die Energie günstiger ist, vorhandene Produktionsinfrastruktur jetzt stärker ausgelastet und dafür hier vorhandene Produktionsinfrastruktur heruntergefahren oder stillgelegt. Es ist sehr wichtig, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, damit das kein Dauerzustand wird. Die Verlagerung sieht ja nicht so aus, dass hier irgendetwas abgebaut wird und dann in Texas wieder aufgebaut wird. Das meinte ich eben auch. Wir müssen also in der nächsten Zeit schauen, wo denn neue Investitionen stattfinden. Erfolgen sie an hiesigen Standorten, oder werden die Anlagen für die Wertschöpfung der Zukunft im Ausland errichtet, wo die Energie deutlich günstiger ist als bei uns? Das muss man, denke ich, schon in den nächsten Monaten beachten. Ich weiß, dass es diese Diskussionen in Unternehmen gibt – gerade in größeren Unternehmen; der Mittelstand hat nicht immer die Möglichkeit, ins Ausland zu gehen.

Wir haben hier schon lange, nämlich über die letzten 20 oder 30 Jahre, wie Sie alle wissen, einen schleichenden Prozess der Abwanderung. Es ist zu befürchten, dass sich dieser Prozess jetzt noch beschleunigt. Wie könnte man dem vielleicht begegnen? Es ist immer die Rede davon, es solle keinen Subventionswettbewerb mit den USA geben. Das ist sicherlich richtig – auf der einen Seite. Auf der anderen Seite würde ich mich dem anschließen, was Herr Professor van Suntum gerade zum Stichwort „Technologieoffenheit“, ausgeführt hat. Was ist der Mechanismus oder das Besondere beim Inflation Reduction Act? Da wird nicht nach Technologie unterschieden, sondern nach CO₂-Footprint differenziert. Je weniger CO₂ ausgestoßen wird, desto größer ist die steuerliche Unterstützung oder Begünstigung. Dann müssen letztlich die Unternehmen

und der Markt entscheiden, wie dieser Weg gegangen wird. Das könnte meines Erachtens auch in der EU, in Deutschland und erst recht in NRW den Weg zum Erfolg weisen. Deswegen halte ich es für einen guten Ansatz, hier technologieoffen vorzugehen.

Ansonsten sind Steuern natürlich immer ein Thema. Da ist es in Deutschland, gelinde gesagt, ruhig geworden, was eine Unternehmenssteuerreform angeht. Bei den Unternehmenssteuern stehen wir in Europa ganz sicher nicht vorne. Auch bezüglich der Energiesteuern – nehmen Sie die Stromsteuer, die deutlich gesenkt werden könnte; das wäre auch europäisch zulässig – ist es hier bisher sehr ruhig. Auch mit einer solchen Senkung könnte man natürlich helfen.

In den letzten Monaten stelle ich immer wieder fest, dass man leichthin sagt: Wenn bestimmte Grundstoffindustrien, die sehr energieintensiv und damit kostenintensiv sind, hier Probleme haben, müssen sie halt ins Ausland gehen; dann importieren wir ihre Produkte eben. – Damit machen wir uns aber wieder von Zulieferern im Ausland abhängig, tun also etwas, was wir beim Thema „Erdgas“ gerade bitter bereut haben. Selbstverständlich will ich auch kein Industriemuseum in Deutschland haben. Man sollte diese Diskussion bezüglich der Verlagerung ins Ausland aber nicht mit einer gewissen Nonchalance führen, sondern schon sehen, dass integrierte Wertschöpfungsketten, und zwar inklusive der Grundstoffindustrien, einen gewissen Wert an sich darstellen und auch die Resilienz einer Volkswirtschaft stärken können.

Zum Abschluss meiner Ausführungen sage ich noch einmal: Die Gefahr der Verlagerung und Abwanderung sehen wir als erheblich an.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum: Herr Loose hat mich zu dem Vorschlag der Schaffung dieses Fonds gefragt. Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Als ich das hier in dem Antrag der SPD-Fraktion gesehen habe, habe ich mich schon etwas darüber gewundert, wie unpräzise er formuliert ist. Man schreibt von einem Fonds in Höhe von immerhin 30 Milliarden Euro – das sind 30.000 Millionen Euro –, ohne auch nur im Geringsten auszuführen, wie der Fonds im Einzelnen ausgestaltet werden soll, woher das Geld kommen soll, welche Rendite er möglicherweise erbringen soll, was für Anreize bestehen sollen, überhaupt in diesen Fonds einzuzahlen, usw. Wenn ich in einem Ihrer Häuser einen solchen Forschungsantrag eingereicht hätte, wäre ich damit mit Sicherheit nicht erfolgreich gewesen.

Zur Sache: Nordrhein-Westfalen ist das in absoluten Zahlen am höchsten verschuldete Bundesland in Deutschland. Zwar ist es ein großes Land. Aber auch pro Einwohner liegt Nordrhein-Westfalen deutlich über dem Durchschnitt. Insofern sollte man mit neuen Fonds und Schulden, die man macht, sehr vorsichtig sein.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf den jüngsten Bericht des Bundesrechnungshofs, der die Tendenz der Europäischen Union, des Bundes und auch Nordrhein-Westfalens zu Schattenhaushalten scharf kritisiert hat – meines Erachtens zu Recht. Und ein solcher Fonds ist nichts anderes als ein Schattenhaushalt. Das widerspricht erstens Art. 110 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz, der Einheitlichkeit des Haushalts. Zweitens ist es auch aus fiskalischer Sicht außerordentlich problematisch, Schulden

in dieser Form zu verstecken und damit aus dem normalen Haushaltsrechnungswerk herauszunehmen.

Was das Inhaltliche betrifft, habe ich, wie gesagt, ein wenig den Eindruck, auch bei den Stellungnahmen der Kollegen hier, dass sich diese Dinge wie Klimaneutralität Nordrhein-Westfalens oder Erreichung von Klimazielen ein bisschen verselbstständigt haben. Machen Sie sich bitte Folgendes klar: Auch wenn Nordrhein-Westfalen klimaneutral ist, wenn jedes einzelne Unternehmen in Nordrhein-Westfalen klimaneutral ist, wenn jeder einzelne Privathaushalt in Nordrhein-Westfalen klimaneutral ist und wenn wir alle Klimaziele erreichen, wird das auf das Klima überhaupt keinen Einfluss haben. Es geht doch um das Weltklima. Ob wir hier unsere Ziele erreichen, ist für das Weltklima völlig irrelevant. Die Anteile, die Sie hier bestenfalls bewegen können, wenn überhaupt, liegen irgendwo im 0,00000-Promille-Bereich. – Insofern sollte man noch einmal kritisch hinterfragen, ob diese Fokussierung auf selbst gesteckte Ziele von der inhaltlichen Begründung her überhaupt tragfähig ist.

Man muss in diesem Zusammenhang auch fragen: Was könnte man mit den 30 Milliarden Euro, wenn man sie denn in irgendeiner Weise generiert, und seien es auch private 30 Milliarden Euro, alternativ tun, was vielleicht wesentlich sinnvoller wäre? Diese 30 Milliarden Euro – selbst wenn Sie sagen: das ist ja privates Geld, das wir hier generieren wollen – fehlen ja dann an anderer Stelle. Und es gibt in diesem Land weiß Gott genug zu tun. Es gibt auch in dieser Zeit weiß Gott genug zu tun, was vielleicht sehr viel sinnvoller wäre – selbst wenn Sie es auf den Klimaschutz beziehen. Ich habe vorhin die Adaptionsmaßnahmen angesprochen, die auch andere ansprechen, nicht nur der Sachverständigenrat. Deshalb rate ich dringend dazu, einmal einen Schritt zurückzugehen und kritisch zu überlegen: Ist das, was wir uns hier als selbst gesteckte Ziele gesetzt haben, wirklich sinnvoll, oder müssen wir das nicht tatsächlich auch einmal hinterfragen?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank an alle Sachverständigen für die weitere Beantwortung der Fragen. – Mit Blick auf die Uhr schlage ich vor, noch eine letzte, fünfte Fragerunde zu machen, sofern es aus den Reihen der Fraktionen noch Fragen gibt. – Bitte sehr.

Nadja Lüders (SPD): Eigentlich würde ich meine Frage gerne an Herrn Felsch und an Herrn Seyfert richten. Da ich aber nur einen Sachverständigen ansprechen darf, nehme ich Sie, Herr Seyfert. Bei Ihnen beiden ist gerade sehr deutlich geworden, dass die Ausgestaltung der Energiepreisbremse nicht rund ist oder sogar sehr kritisch gesehen wird und die Mittel voraussichtlich auch nicht in Gänze ausgeschöpft werden. Wo sehen Sie denn Umsteuerungsbedarfe, die durch das Land mit angestoßen werden könnten? In Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung auch einen Härtefallfonds aufgelegt. Dort ist aufgrund der derzeitigen Preisentwicklung ebenfalls zu vermuten, dass er nicht ausgeschöpft wird. Auch da frage ich Sie: Wie könnten diese Gelder umgesteuert werden, um der energieintensiven Industrie wirklich zu helfen?

Thomas Okos (CDU): Meine Frage richtet sich an Herrn Mainz von der IHK. Abgeleitet aus der Besonderheit der NRW-Industriestruktur hat ein wettbewerbsfähiger Industriestrompreis für NRW eine besondere Relevanz. Welche Anforderungen sehen Sie für diese Ausgestaltung als maßgeblich an?

Jan Matzoll (GRÜNE): Meine letzte Frage geht an Herrn Dr. Thöne. Wir haben jetzt viel darüber gehört, wie aktive und aktivierende Wirtschaftspolitik nicht aussehen soll. Man muss natürlich auch darauf schauen, welche Möglichkeiten denn da bestehen. Herr Dr. Thöne, Sie haben in Ihrer Stellungnahme darauf Bezug genommen, dass Konjunkturpolitik primär ein Bundesthema ist und auch auf EU-Ebene eine große Rolle spielt, während auf Landesebene die Möglichkeiten begrenzt sind, dass aber auch hier ergänzende Maßnahmen erforderlich und notwendig sind. Welche Maßnahmen sind denn aus Ihrer Sicht gerade für ein energieintensives Land wie Nordrhein-Westfalen, das auch vor ganz besonderen Herausforderungen steht, wie wir heute ausführlich besprochen haben, von Landesebene erforderlich, um die Wirtschaft dynamisch zu halten und zu stabilisieren?

Christian Loose (AfD): Meine letzte Frage geht ebenfalls an Herrn Professor van Suntum. Wir hatten in der Vergangenheit Zeiten, in denen die Unternehmen aus betriebswirtschaftlichen Gründen Energie gespart haben, also energieeffizienter geworden sind. Da wurden beispielsweise Kohlekraftwerke neu gebaut, die statt 38 % Wirkungsgrad 45 % Wirkungsgrad hatten, was 15 % weniger Emissionen und einem entsprechend geringeren Ressourceneinsatz entspricht – alles betriebswirtschaftlich. Jetzt geht der Staat hin und verbietet Technologien, statt die vorhandenen Effizienzen noch zu steigern. Herr Felsch hat hier erklärt, wie teuer das Ganze jetzt für die Zukunft sein wird. Klar; die Firmen wollen das Geld, um weiter hierzubleiben. Das ist ganz normal und aus unternehmerischer Sicht verständlich. Aber können denn solche falschen Subventionen direkt über den Staat oder auch indirekt zum Beispiel über verbilligte staatliche Kredite dafür sorgen, dass wir absolute Fehlallokationen haben, insbesondere auch, was Humankapital betrifft, sodass zum Beispiel Handwerker, Bauingenieure oder andere Leute falsch eingesetzt werden und dann woanders fehlen?

Christian Seyfert (VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft): Frau Lüders, das Problem ist hier die Unvereinbarkeit mit europäischem Recht, also Beihilferecht. Der Temporary Crisis Framework, TCF, hat einen anderen Fokus als die Preisbremsen. Dort geht es darum, Liquiditätsengpässe bei den Unternehmen zu erkennen und zu beseitigen, aber nicht darum, unerträglich hohe Energiepreise zu senken. Daher passt das eine nicht zum anderen.

In Bezug auf die Preisbremsen sind ja schon Stichworte gefallen. Was nicht passend ist, ist das EBITDA-Kriterium von 40 % Rückgang; das ist schwer zu erreichen. Außerdem ist unklar, welche Entity eigentlich gemeint ist oder ob es um den Gesamtkonzern geht. Problematisch ist ferner die Deckelung auf maximal 150 Millionen Euro. Für ein bekanntes großes Chemieunternehmen – nicht aus NRW – mit einem hohen Gasverbrauch würde das gerade einmal 5 Euro pro Megawattstunde bedeuten, allerdings verbunden mit einem erheblichen administrativen Aufwand. Das reicht dann also

wirklich nicht. Ein weiteres Problem ist die letztlich bestehende Unsicherheit, weil im Nachhinein noch einmal geprüft wird, was gerechtfertigt war und was nicht. Daher müsste man, wenn man einen positiven Bescheid bekäme, in gleicher Höhe sofort Rückstellungen bilden, um das Geld gegebenenfalls zurückzahlen zu können. Damit ist die Hilfe obsolet. Das bringt nichts. Leider ist auch das Antragsverfahren schwierig. Es ist aufwendig. Wir sind seit Wochen im engen Austausch mit dem BMWK. Dort bemüht man sich auch. Aber es sind immer noch viele Detailfragen unklar. Nach wie vor ist sogar unklar, welche Behörde denn für die Abwicklung zuständig sein soll – und jetzt haben wir Ende Januar 2023.

Beim Energiekostendämpfungsprogramm, das ich vorhin auch erwähnt habe, ist es ähnlich wie bei den Preisbremsen. Dort ist das Problem aber im Wesentlichen und vorrangig der Eingriff in die Bonistrukturen. Das kann man vielleicht machen, wenn jemand geschäftsführender Gesellschafter ist. Bei Leitungspersonal, das angestellt ist und bei dem Boni Bestandteil des Arbeitsvertrages sind, kann das Unternehmen aber nicht einseitig sagen: Das gilt für die nächste Zeit nicht mehr; du erhältst deinen Bonus jetzt nicht. – Das ist rechtlich nicht möglich. Damit sind diejenigen raus. Deshalb glaube ich nicht, dass die 3,8 Milliarden Euro, die eigentlich noch bereitstehen, noch abgerufen werden können. Immerhin ist hier das Antragsverfahren insofern klar, als dass es eine zuständige Behörde gibt, nämlich das BAFA. Da sind wir also schon einen Schritt weiter. Ich will diesen ernststen Sachverhalt wirklich nicht ins Lächerliche ziehen. Die Politik hat hier gerade auch auf Bundesebene gute Absichten verfolgt. Man hat aber ein bisschen die Umsetzung aus dem Blick verloren, die eigentlich schlank, zielgerichtet und pragmatisch erfolgen müsste. Darunter – und das ist bedauerlich – leiden wir sehr.

Dr. Matthias Mainz (IHK NRW [per Video zugeschaltet]): Herr Okos, die Begründung, warum wir empfehlen, dass wir uns mit einem Industriestrompreis beschäftigen, ist ganz ähnlich, wie Herr Seyfert sie abgeleitet hat. Wenn man sich die Konstruktion der Hilfen anschaut, sieht man, dass wir uns bei den Energiepreisbremsen nicht an einer strukturellen Hilfe orientieren, sondern letztlich an den Beihilferechten, die wir bei Corona ja eingeübt haben. Dann kommen wir zu den Problemen, die Herr Seyfert und Herr Felsch bereits angeführt haben. Sie liegen, wie gesagt, an der Konstruktion der Hilfen, die aber, weil es dann ein beihilferechtlicher Tatbestand ist, nämlich eine Unterstützungslieferung, in der Struktur nicht helfen werden.

Nun ist es natürlich so, dass auf unserem Strommarkt generell erst einmal gar keine Knappheit herrscht. Im Moment haben wir ja keine wirkliche Stromknappheit – schließlich verfügen wir über Kapazitäten, die die Stromnachfrage auch in Deutschland durchaus decken würden –, sondern wir haben letztlich über den Preis induziert durch die Kopplung des Marktdesigns an den Gasmarkt ein Überschießen des Strompreises. Das ist dann auch die Frage, an der man ansetzen muss, wenn man sagt: Wir können in dem Regime über Hilfen kurzfristig die Zielgruppe nicht erreichen.

Wir können die Hilfen aber sowieso nicht langfristig fortführen. Das würde Finanzierungsfragen aufwerfen. Außerdem leben wir, wie Herr van Suntum gesagt hat, in einer

Marktwirtschaft. Das soll auch weiterhin so bleiben. Insofern würde das auch Fragen zum generellen Marktsystem aufwerfen, die wir nicht angehen wollen.

Wenn wir an diesen beiden Dingen hängen, schauen wir einmal nach Frankreich oder nach Polen und stellen fest, dass im europäischen Recht durchaus auch ein anderes Unterstützungsregime möglich ist. Dann stellt sich schon die Frage: Warum können wir uns als Deutsche nicht daran adaptieren? Das heißt: in einem europäischen System bleibend mit einem Industriestrompreis, der sich an dem orientiert, was unsere Nachbarn haben, um zumindest im europäischen Wettbewerb ein Level Playing Field zu schaffen und unseren Unternehmen dann auch das zu bieten, was Herr Stinka ganz am Anfang noch einmal eingefordert hat, nämlich Vertrauen in den Wirtschaftsstandort mit strukturell belastbaren, vorausschaubaren und planbaren Rahmenbedingungen, zumindest bezogen auf den Industriestrompreis.

Jetzt habe ich nichts dazu gesagt, ob und wie man das rechnet. Aber das ist zunächst einmal der Anstoß für diese Diskussion. Deswegen würden uns dem auch zunehmend öffnen.

Dr. Michael Thöne (Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln): Was kann man als Bundesland im Rahmen dessen, was in der Europäischen Union und innerhalb des Bundes als Förderpolitik oder als Wirtschaftspolitik umgesetzt wird, auf der einen Seite mit Blick auf die Energiekrise und auf der anderen Seite mit Blick auf Beihilferecht und einheitliche Regelungen umsetzen? Auch wenn Nordrhein-Westfalen ein besonders energieintensives Land ist, muss es uns tatsächlich gelingen, ein Level Playing Field hinzubekommen und dafür zu sorgen, dass kurz- und mittelfristig die Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland nicht schlechter ist als in anderen europäischen Ländern. Das ist nicht ganz einfach. In Bezug auf den unmittelbaren Energiebereich ist es aber auch schon das höchste der Gefühle. Da kann Nordrhein-Westfalen in der Tat nicht noch weiter gehen. Sowohl rechtlich als auch wirtschaftspolitisch wäre das wenig sinnvoll.

Deshalb ist der Handlungsrahmen dessen, was das Land in diesem Bereich machen kann – das haben wir heute schon mehrfach gehört –, in der Tat darauf beschränkt, sich insbesondere unter dem Schlagwort „Industriepakt“ mit seiner Industrie zusammenzusetzen und zu schauen, wo und in welcher Weise hinsichtlich der Infrastrukturen, die das Land bereitstellen kann, und hinsichtlich dessen, was das Land aufseiten seiner Administration und der Bürokratie zügig entschlacken kann und schnell beschleunigen kann, Spielräume bestehen, um zumindest die Transformation der energieintensiven Industrie mit dem, was ein Land tatsächlich machen kann – und das sind in erster Linie Geld und Verwaltung –, zu unterstützen.

Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite geht es darum – wir haben heute schon über die Perspektiven gesprochen –, im Hinblick auf die langfristige Entkopplung ins Auge zu nehmen, dass wir uns als Land zunehmend diversifizieren werden und dass die energieintensive Industrie daher dauerhaft oder langfristig nicht mehr so intensiv wie bisher sein kann – jedenfalls solange wir nicht darauf hoffen können, dass wir irgendwann einmal nachhaltige Rohstoffe in beliebiger Menge produzieren können; und das halten ja die meisten für eher fragwürdig.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum: (AfD) Ja, die Subventionen. Ich sage es einmal so: Ich habe tatsächlich manchmal den Eindruck, dass wir uns in Deutschland auf eine Planwirtschaft light zubewegen. Die Politik sagt: Marktwirtschaft ja, aber nur so lange, wie die Unternehmen das tun, was wir wollen; und wenn nicht, dann steuern wir erst mit Subventionen nach; und wenn das auch nichts nützt, dann werden entsprechende Vorschriften erlassen. – Das ist eben gerade keine Marktwirtschaft. Ich glaube, dass wir da auf einem falschen Weg sind – einmal abgesehen davon, dass auch vieles Falsche subventioniert worden ist, zum Beispiel der Transrapid.

Ich bin gerade aus dem Ausland zurückgekommen. Dann fällt mir jedes Mal wieder auf, dass wir bei uns, insbesondere auch im Münsterland, wo ich zu Hause bin, ganze Scheunendächer voller Solardächer sehen. In der Scheune steht dann ein Trecker. In Wirklichkeit geht es aber hauptsächlich darum, die Subventionen zu kassieren. Das gibt es anderswo nicht. Ich habe es weder in den Niederlanden noch sonst wo im europäischen Ausland jemals gesehen. Man findet dort auch keine Windräder an völlig windstillen oder windarmen Standorten – an der Küste natürlich schon, aber nicht dort, wo wir in Deutschland sie bauen. Da muss man schon fragen: Kann es sinnvoll sein, durch Subventionen oder teilweise sogar durch entsprechende Vorschriften etwas zu machen, was ökonomisch offensichtlich kein anderes Land so macht?

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine schwarz-grüne Regierung. Ich vertrete die These, dass Ökologie und Klimaschutz sowie Ökonomie und Marktwirtschaft kein Widerspruch sind. Man kann und sollte ökologische Ziele mit marktwirtschaftlichen Mitteln verfolgen. Und die Energiepreise sind zurzeit wahrlich hoch genug. Jeder Unternehmer hat genauso wie jeder Privathaushalt einen erheblichen Anreiz, schon aus eigenem Interesse Energie und damit auch CO₂ zu sparen. Wir müssen da nicht mit Subventionen noch eins draufsetzen und die Leute zu Dingen verleiten oder gar zwingen, die ökonomisch nicht sinnvoll sind. Ich selbst habe auch eine Solaranlage auf dem Dach meines Hauses, und zwar schon seit vielen Jahren. Ich habe sie aber nicht deswegen einbauen lassen, weil ich das für ökologisch sinnvoll halten würde – diese Photovoltaikanlagen sind volkswirtschaftlich sogar die teuerste Art und Weise, CO₂ zu sparen –, sondern einfach deswegen, weil ich dafür Subventionen bekommen habe. Und das kann nicht sinnvoll sein.

Mein Plädoyer lautet: Wenn wir hier in Nordrhein-Westfalen schon eine schwarz-grüne Regierung haben und Vorreiter werden wollen, dann sollte Nordrhein-Westfalen versuchen, zu demonstrieren, dass Ökologie auch mit marktwirtschaftlichen Mitteln erreicht werden kann. Damit hätten wir, glaube ich, einen wirklichen Beitrag zum Klimaschutz und auch zur Erhaltung unserer Marktwirtschaft geleistet.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Dann bleibt mir, zum Abschluss der Sitzung den Sachverständigen noch einmal ganz herzlich Danke zu sagen für die sehr differenzierten und sachbezogenen Stellungnahmen, die wir heute von Ihnen erhalten haben. Vieles war für uns als Ausschuss keine leichte Kost. Vieles war auch nichts, was man als Landespolitiker gerne hört. Trotzdem ist es wichtig, die Informationen und Einschätzungen von Ihnen aus den unterschiedlichen Blickrichtungen zu erhalten. Das ist wertvoll für unsere weitere Arbeit hier im Ausschuss, aber auch für den Wirtschaftsstandort

Nordrhein-Westfalen. Ich danke Ihnen herzlich für die Zeit, die Sie sich für uns genommen haben, und bedanke mich auch für die rege Teilnahme und die vielen guten Fragen aus dem Gremium.

Die nächste Sitzung unseres Ausschusses findet am 8. Februar 2023 statt. Dabei handelt es sich wieder um eine Anhörung, die wir aber nicht federführend, sondern nur als beteiligter Ausschuss zusammen mit dem Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung durchführen werden.

Damit schließe ich diese Sitzung und sage: Wir sehen uns kommende Woche zur nächsten Sitzung.

gez. Dr. Robin Korte
Vorsitzender

Anlage

08.02.2023/13.02.2023

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/1692

am Mittwoch, dem 1. Februar 2023
13.00 bis (max.) 15.00 Uhr, Plenarsaal, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein- Westfalen Düsseldorf	Jörg Mühlenhaupt	18/255
IHK NRW Dr. Matthias Mainz Düsseldorf	Dr. Matthias Mainz per Video	18/262
Unternehmer nrw Alexander Felsch Düsseldorf	Alexander Felsch	18/264
IG Metall Nordrhein-Westfalen Knut Giesler Düsseldorf	Achim Vanselow	18/259
Hans-Böckler-Stiftung Dr. Claudia Bogedan Düsseldorf	Keine Teilnahme	---
Finanzwissenschaftliches For- schungsinstitut an der Universität Köln Dr. Michael Thöne Köln	Dr. Michael Thöne	18/273 (Neudruck)
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie Professor Dr. Stefan Lechtenböhmer Abteilungsleiter Zukünftige Energie- und Industriesysteme Wuppertal	Prof. Dr. Stefan Lechtenböhmer	18/248
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. Professor Dr. Hubertus Bardt Köln	Prof. Dr. Hubertus Bardt	18/244

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V. Christian Seyfert Berlin	Christian Seyfert	18/263
Professor (em.) Dr. Ulrich van Suntum Nordkirchen	Prof. Dr. Ulrich van Suntum	18/149